

MBE-WILLE: Nur teilweise Abgeltung der Teuerung "nicht unwidersprochen", aber doch "hinnehmen"! S.8

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis 4,- (inkl. MwSt.) 10,- (inkl. MwSt.) 20,- (inkl. MwSt.)
Redaktion: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2, Tel. 0222 35 52 17
Vertrieb: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2, Tel. 0222 35 52 174

Nr. 17 September 80

Großer Erfolg der polnischen Arbeiterklasse



Freie, unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaften;

Streikrecht in der Verfassung verankert;

Wiedereinstellung aller 1970 und 1976 entlassenen Arbeiter erreicht.

**OKTOBERARENA
OKTOBRSKITABOR**

S.4/5

In der Woche vom 1. bis 9. November 1980 wird es voraussichtlich zwei Volksbegehren geben. Klara - das ist seit längerem bekannt - zielt auf die Aufhebung des Atomgesetztes und die Inbetriebnahme von Zwentendorf ab. Warum wir es bekämpfen verlangt keine lange Erklärung und war zu erwarten. Diejenigen wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die Interesse an der Errichtung und dem Betrieb eines Atomkraftwerkes in Österreich haben, werden die Schlappe vom 1. November 1978 nicht tatenlos hinnehmen. Acht Milliarden Schilling werden zu einer gesellschaftlichen Macht, die Personen zum Handeln bringen, auch wenn die weiteren Kosten im Falle einer Inbetriebnahme durch die Notwendigkeit einer Atomwülfdeponie und der Wiederaufarbeitung der Brennstäbe sowie das Risiko ein Vielfaches des bisher investierten Kapitals wären. Vertriehen wurden schon für wesentlich weniger Geld Begierden.

Hauptsächlich mehr Probleme bringt den Atomkraftgegner das zweite Volksbegehren: Es zielt auf den Umbau Zwentendorfs in ein Gastkraftwerk. Laut Verfassungsentscheidung geht es um die "Erlassung eines Bundesgesetzes betreffend den Umbau des Atomkraftwerkes Zwentendorf in ein konventionelles, kalorisch-thermisches Kraftwerk sowie eine ständige Absicherung des Atomgesetzes".

"Damit überläßt man sich geschicht" soll der Vertreter der AKW gegen Zwentendorf, Prof. Tollmann, der Initiatorin, Frau Scheitz, die Unterstützung dieses Volksbegehrens ausgesagt haben. Und tatsächlich unterstützen die "Neuen Argumente", die Zeitung der ASGE, die Sammlung der Voraussetzungen. Leider gibt es auch noch unter einigen anderen AKW-Gegnern die Auffassung, daß dieses zweite Volksbegehren gegen Zwentendorf als Atomkraftwerk verstanden ist. Wir teilen diese

Boykottiert die beiden AKW-Volksbegehren

Auffassung nicht.

Sicher kann dieses Volksbegehren an dem berechtigten Wunsch vieler Menschen anknüpfen, daß die Werte, die von einem Teil der Arbeiterklasse in Zwentendorf geschaffen wurden, nicht verrotten und verfluchen, sondern sinnvoll verwendet werden sollen, auch wenn man prinzipiell der Auffassung ist, daß das AKW Zwentendorf von vornherein nicht gebaut hätte werden sollen. Aber erfahrungsgemäß hat dieser Wunsch recht wenig Einfluß auf das, was mit Produktivkräften in unserer Gesellschaft tatsächlich geschieht. Durch Arbeitslosigkeit, Verschwendung von Rohstoffen, Energie und anlagegelegte Produktionsanlagen wird ein Vielfaches des Wertes von Zwentendorf an Produktionsmitteln vergeudet. Weder der Einzelne, noch eine ganze Bewegung von AKW-Gegnern hat darauf besonderen Einfluß, ob Haushaltsgeräte mit eingebauten Verschleißteilen auf den Markt kommen, oder die Lebenszeit der Autos immer mehr verkürzt wird. Bestimmt werden solche Entwicklungen von den Gesetzen der Produktion von maximalem Profit.

Die Auseinandersetzung zwischen den Teilen des Volkes, die gegen das AKW Zwentendorf sind, und den Teilen der herrschenden Klasse, die es im jeden Preis in Betrieb nehmen wollen, ist länger keine auf ökonomischer Ebene mehr. Dinge es nur um Geld, um eine wirtschaftlich sinnvolle Verwendung von gesellschaftlichem Geld, würden keine Projekte

SEITE 8

KOMMENTAR



OLYMPISCHER WAGEN 1980 (Aus Naß Technik)

Die olympischen Sommerspiele von Moskau gehören der Vergangenheit an. Geendet haben sie so wie sie begonnen hatten: Mit einem Spektakel, das der Nachdemonstration einer Supernacht würdig war. Wer bei den Abschlussspielen die sechs Zivilisten gesehen hat, die im militärischen Stechschritt die olympische Fahne trugen, dem war ein flauer Gefühl im Magen sicher. Ähnliches hat so mancher von uns schon einmal gesehen: Z.B. in Leni Riefenstahls faschistischem Propagandafilm über die Hitlerolympiade 1936 in Berlin.

Das wie vieles andere bei diesen Wettkämpfen war war offensichtlich einem Ziel untergeordnet: Eine friedliebende Großmacht sollte dargestellt werden, bei der jeder Gedanke an die sozialimperialistischen Verbrechen abgeräumt erscheint. Daß zu dem Ganzen der Sport herhalten mußte, ist klar. Eine riesige Medaillenflut sollte die "Überlegenheit" des sozialimperialistischen Systems "beweisen". Und wenn das nicht mit den Mitteln der Chemie und des unmenschlichen Trainings ging, so wurde einfach geschoben: Die krasse Benachteiligung der russischen Turnerin Comaneci zugunsten der russischen Turnwunders war nicht der einzige Fall in diese Richtung.

Das wäre allerdings nicht das Schlimmste. Dank der eifrigen Mithilfe der westlichen Schreiberlinge ist es den Sozialimperialisten tatsächlich bis zu einem gewissen Grad gelungen, drei Wochen lang von ihren Verbrechen abzulenken. Jene, die vor den Spielen noch geschrieben hatten, man solle doch nicht boykottieren, man solle doch lieber die schlechten Verhältnisse in Moskau selbst aufzeigen, waren die ersten, die sich ob der "phantastischen" Leistungen der Sportler überhingen. Höchstens ein böses Wort über die vielen Polizeikontrollen im olympi-

schen Dorf und in der Stadt. Sonst nichts.

Lediglich einige Sportler brachten den Mut zu Aktionen auf: eine französische Delegation protestierte bei den russischen Behörden gegen die Unterdrückung in der Sowjetunion. Und der österreichische Segler Mayerhofer trat mit einer schwarzen Armbinde zur Siegerehrung an.

So ist insgesamt gesehen - trotz des Olympiaboykotts von immerhin mehr als 60 Ländern - das erwartete Spektakel nicht verhindert worden. Die Sozialimperialisten hatten genug Publikum, um sich vor aller Welt und den unterdrückten Massen im eigenen Land als friedliebende "Opfer" von Verleumdungen hinzustellen und ihre eigenen Aggressionen etwas zu verwischen.

Ein Grund für diesen sozialimperialistischen Teilerfolg lag sicherlich in der Verlogenheit der imperialistischen Regierungen. Segler Mayerhofer prangerte die Verlogenheit an: Jene, die einen Boykott auf dem Rücken der Sportler verlangen und selbst ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem sozialimperialistischen Aggressor ausbauen, sind nicht besonders ernst zu nehmen.

Verlogenheit darf man den Österreichischen Imperialisten allerdings nicht vorwerfen. Sie gaben sich keine Mühe, ihre Liebesdienste an den Neuen Zaren zu verstecken. Sie fetteten olympische Turniere mit österreichischen Sportlern auf - wie im Hockey -, sie lobten die Spiele wo es nur ging, trugen die Nationalflagge mit, wo andere die olympische trugen etc. Daß sich ÖOC-Präsident Heller dennoch beim Moskauer Bürgermeister beschweren gehen mußte, weil sich die sozialimperialistischen Wirtschaftsaufträge für Österreich nicht postwendend einstellten, liegt in der Tragik solcher treuer Diener..... (Z-wik)

KORREKTUR Aufgrund der Bedeutung der polnischen Streik- und Oppositionsbewegung nicht nur für das polnische Volk, sondern auch für das internationale Proletariat haben wir einen Großteil dieser Nummer des "Klassenkampfes" diesem Thema gewidmet und auch die Seitenzahl erhöht. Sie finden daher außer dem nebenstehenden Artikel auf den Seiten 13 bis 19 umfangreiches Dokumentations- und Informationsmaterial, womit wir den Charakter dieser Bewegung besser beleuchten und darstellen wollen. Zum Opfer gefallen sind dieser Schwerpunktsetzung zwei bereits fertig montierte Seiten über die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung in den USA. Wir werden dies in der nächsten Nummer, zusammen mit der geplanten Einschätzung des US-Wahlkampfes, nachholen.

-Die Redaktion-

POLEN

24.8.1980:

Trotz des "größten Köpferallens seit 1945" in der polnischen Staats- und Parteiführung streiken die Arbeiter von Gdansk (Danzig), Gdynia (Gdingen) und Zoppo an der Ostseeküste, von Szczecin (Stettin) und in Schlesien weiter. Hunderttausende, die in mehreren Hundert Betrieben zum Teil schon seit sechs Wochen streiken, wollen die Erfüllung ihrer Forderungen.

Daß der Ministerpräsident, der Gewerkschaftspräsident und mehrere Minister und Politbüromitglieder der PZP (der herrschenden revisionistischen "Vereinigten Arbeiterpartei") abgesetzt wurden, zeigt die Schwäche dieser Bande, die im Auftrag der sowjetischen Machthaber das Land verwalten: Sie sind unter sich zerstritten, sie wissen nicht, wie es weitergehen soll - und sie fühlen sich zu Zugeständnissen gezwungen.

Doch in über 20 Jahren, in mehreren großen Streikämpfen (1968 Warschau, 1970 Gdansk, 1976 Ursus), haben die polnischen Arbeiter gelernt, sich nicht mehr mit Versprechungen und dem Vorseigen einiger neuer Figuren an der Spitze des Unterdrückungsapparates täuschen zu lassen. 1956 ist Gomułka mit dem Versprechen von "Reformen" an die Macht gekommen, 1970 Giersek auf dem Rücken der streikenden Werftarbeiter von Gdansk. Beide haben innerhalb weniger Jahre alles Versapft.

Das Streikziel war ja auch nie die Ersetzung einiger Minister durch andere und auch nicht bloß eine Lohnerhöhung oder eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Die wichtigsten Forderungen sind (aus dem Forderungsprogramm des "HKP", des überbetrieblichen Streikkomitees Gdansk):

- Garantie des Rechts auf Streik. Für die Zeit des Streiks Lohnfortzahlung.
- Respektierung der von der Volksrepublik Polen ratifizierten Konvention Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gewerkschaftsfreiheit. Aufhebung der Einmischung der staatlichen Organe in die Tätigkeit der Gewerkschaften.
- Effektive Schritte, um das Land aus der Krisensituation zu führen durch:
 - a) vollständige Information über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Situation,
 - b) Ermöglichung der Teilnahme an den Diskussionen über das Reformprogramm für alle Kreise und Schichten.
- Achtung der in der Verfassung garantierten Freiheit des Wortes. Aufhebung der Zensur. Freilassung aller politischen Häftlinge.
- Zugänglichmachung der Massenmedien auch für die Vertreter der Kirchen aller Bekenntnisse.
- Volla Versorgung des Marktes. Export ausschließlich von Überschüssen.
- Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparates. Angleichung der Familieneinschläge an die Zuschläge, die dieser Personalkreis erhält. Abschaffung der Läden für Privilegierte.
- Lohnerhöhungen um 2.000 Złoty für alle. Automatische Steigerung des Grundlohnes entsprechend den Preissteigerungen.

POLEN

Die Forderungen sind, in ihrer Gesamtheit gesehen, im Grunde gegen das in Polen herrschende Gesellschaftssystem gerichtet. Betrachtet man sie genau, im Lichte der ursprünglichen Regierungspropaganda von wegen "unstürzlerisch", dann erhält man, sozusagen regierungsamtlich bestätigt - folgende Erkenntnisse über Polen: Polen muß Güter, die es selber dringend brauchen würde, exportieren - im Rahmen der "internationalen Arbeitsteilung" an die Sowjetunion (während der Olympiade, als in Polen "Fleischknappheit" herrschte, haben Arbeiter versiegelte Güterwagen aufgebrochen, die für die Sowjetunion bestimmt waren: sie waren randvoll mit Fleisch und Wurst zur Versorgung der Gäste des Moskauer Spektakels). Die Funktionäre des Unterdrückungsapparates leben im Luxus, verglichen mit dem Lebensniveau der arbeitenden Massen. Die Entscheidungen über Wirtschaft und Politik werden von einem kleinen Kreis herrschender Machthaber getroffen. Die Arbeiter, die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, haben nichts zu reden. Die Gewerkschaften sind staatliche Behörden zur Niederhaltung der Arbeiter. Und wer mit diesen Zuständen nicht einverstanden ist, der sitzt im Gefängnis. Kurz: Es herrschen ganz alltägliche kapitalistische Zustände, verschärft durch das Fehlen gewisser politischer Freiheiten, die sich die Arbeiter in den bürgerlichen Demokratien schon erkämpft haben; und verschärft durch die Ausplünderung und Beherrschung des Landes durch die Sowjetunion.

Dieses System, eine schaurige Karikatur auf den früher wirklich einmal aufgebauten Sozialismus, ist heute in einer offenen Krise, nicht aber "der Sozialismus", wie die Leitartikel aller Zeitungen triumphierend aufheulen.

Man hat ja auch trotz eifriger Suchens sowohl der polnischen Machthaber als auch der westlichen Korrespondenten keinen Vertreter der Streikenden aufgetrieben, der die Einführung der sogenannten "westlichen Demokratie" zum Streikziel erklärt hätte. Vielmehr nehmen die Arbeiter die von der herrschenden revisionistischen Partei verbreiteten "sozialistischen" Phrasen beim Wort und fordern die Beteiligung der arbeitenden Massen an allen Entscheidungen sowie die Verwirklichung jener demokratischen Rechte, die auf dem Verfassungspapier stehen. "Wir brauchen wieder eine richtige Arbeiterpartei und eine echte Arbeiterselbstverwaltung", sagte ein von der OBF-Korrespondentin interviewter Arbeiter der Lenin-Werft in Gdansk.

Mit den Streiks für diese politischen Forderungen haben sich die Arbeiter an die Spitze der Hoffnungen und Forderungen der ganzen polnischen Nation gestellt: demokratische Rechte und nationale Unabhängigkeit sind das dringlichste Bedürfnis sowohl der Arbeiter als auch der Bauern und der Intellektuellen. Gerade deswegen ist die Einheit so groß: Bauern aus der Umgebung von Gdansk liefern die Milch nicht mehr an den Staat ab, sondern direkt an die besetzte Lenin-Werft; sogar die Verkehrspolizei von Gdansk hat eine Delegation mit einer Spende in die Lenin-Werft geschickt.

Bisher haben die Streikenden alle Versuche der Regierung abgewehrt, sie zu spalten. Sie haben sich nicht durch die

Befriedigung der Lohnforderungen zu einem Verzicht auf die politischen Forderungen verführen lassen. Sie haben nicht zugelassen, daß die Regierung die überbetrieblichen Streikkomitees ignoriert, um die Arbeiter einzelner, besonders kleinerer, Fabriken herauszuspalten. Sie haben nicht zugelassen, daß sich die Regierung die Verhandlungspartner aussucht - als die Regierung als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen stellte, die als besonders "hart" geltenden Arbeitervertreter Anna Walentynowicz und Lech Walczak aus dem Präsidium des Streikkomitees zu entfernen, hat die Streikversammlung diese Kollegen demonstrativ wiedergewählt.

Die Regierung mußte direkt mit den überbetrieblichen Streikkomitees verhandeln. Das und die Wiederherstellung der Telefonverbindungen von und nach Gdansk war der erste Erfolg der Streikbewegung.



Forderungen der streikenden Arbeiter:

DAS FORDERN POLENS ARBEITER NOCH VON DER REGIERUNG:

- Abschaffung der kommerziellen Preiskarten für Fleisch - Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und Fleischprodukte bis zur Normalisierung des Marktes.
- Veröffentlichung autorisierter Berichte über die Streiks und über die Gründung des überbetrieblichen Streikkomitees in der Presse, im Rundfunk und TV..
- Aufhebung der kommerziellen Preisen und Beendigung des Verkaufs für Devisen im sogenannten "inneren Export".
- Einstellung von Führungskräften nach Qualifikation und nicht nach Parteizugehörigkeit.
- Senkung des Rentenalters von Frauen auf 50 und Männern auf 55 Jahre.
- Gleichsetzung der Altrenten auf die Ebene der gegenwärtig gezahlten Renten.
- Verbesserung des Gesundheitsdienstes und Sicherung voller medizinischer Fürsorge für die Arbeiter.
- Sicherung ausreichender Plätze in Krippen und Vorschulen für Kinder.
- Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubes in den ersten drei Jahren.
- Verkürzung der Wartezeit auf Wohnungen.
- Anhebung der Tagesgelder von 40 auf 100 Zloty sowie ein Tümpelzuschlag.
- Einführung des freien Samstages für Arbeiter im Schichtdienst.

30./31.8.1980:

Nach wochenlangen Streiks, die sich von der Ostseeküste auch ins Landesinnere und auf einige schlesische Bergwerke ausdehnten, und 17 Tage langen Verhandlungen der überbetrieblichen Streikkomitees in Gdansk und Szczecin kommt es am Samstag, dem 30.8. zu einem Übereinkommen mit dem Regierungsvertreter Jagielski, welches am Sonntag unterzeichnet wurde.

Dieses Übereinkommen sieht unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaften, die Verankerung des Streikrechtes in der Verfassung, die Überarbeitung des geltenden Zensurrechtes sowie die Wiedereinstellung aller nach den Streikämpfen 1970 und 1976 entlassenen Arbeiter vor. (Ob auch eine Einigung über die Freilassung politischer Gefangener zustandekam, war zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt). Darüber hinaus werden Lohnerhöhungen, eine Änderung der Wirtschaftspolitik sowie eine bessere Lebensmittel- und Wohnungsverzorgung beschlossen. Die Arbeit soll wieder aufgenommen werden.

Die polnischen Arbeiter haben mittels ihres hervorragend geführten und organisierten Streiks und mit Hilfe der großartigen Unterstützung durch die Bevölkerung einen großen Erfolg errungen. Die polnischen Arbeiter haben darüber hinaus - unter der schwierigen Bedingung einer sozialimperialistischen Bedrohung - ein mutiges Beispiel gesetzt für die Arbeiterklasse und die Völker der anderen sich unter sowjetischer Herrschaft befindlichen Ostblock-Staaten und der Sowjetunion selbst.

in Österreich...Klassenkampf in Österreich...Klassenkampf

Es stimmt wohl, daß gewisse Lernprozesse nie ganz zur Zufriedenheit der Lehrenden vor sich gehen; offensichtlich auch die Haltung einiger Kärntner zu den Kärntner Volksabstimmungsfeiern, zu den 10.-Oktober-Feiern. Da wollen und wollen z.B. die Kärntner Slowenen und immer wieder auch einige renitente "Windische" nicht so feiern, wie es das offizielle Kärnten vorschreibt; noch ärger: sie wollen nämlich überhaupt nicht feiern, sie sagen - und das nach 60 Jahren noch immer: "es gibt überhaupt nix zum feiern!". Am 10. Oktober.

Man kann Dummheit nicht einblauen, - das wissen manche Lehrer bereits. Auch nicht ein "feiern", vor allem dann nicht, wenn die Hauptfarbe der Kostüme und wohl auch der Intentionen nach wie vor braun ist.

60 Jahre Volkabstimmungsfeiern in Kärnten ..die Zeit ist noch nicht reif.."

Seit den Verhandlungen zwischen Vertretern der Slowenenorganisationen und der Landesregierung Ende Juni ist nun klar, daß eine Zusammenarbeit für die offiziellen 10. Oktoberfeiern und natürlich auch eine Beteiligung nicht möglich ist. Die übrigens erstmalige Einladung seitens der Landesregierung war wohl auch nicht sehr ernst gemeint, denn folgende Gründe sind für die Nichtbeteiligung der Kärntner Slowenen (und nun auch der Oktober Arena/Oktobrskitabor) maßgebend:

a- die Landesregierung war nicht bereit, über Teile des Operationskalenders (= ein konkretes Förderungsprogramm der Kärntner Slowenen) Verhandlungen zu führen, sondern denunziert weiterhin diesen Katalog als "gegen die Verfassung gerichtet".

b- die Slowenenvertreter wurden am Nachmittag bei der Verhandlung vor ein fin und fertig beschlossenes (am Vormittag gedrucktes) Programm für die Feier gestellt, das auch inhaltlich keineswegs annehmbar, sondern zum Teil sogar völlig unsinnig ist.

c- aus obiger Tatsache und Lh Wagners Presseerklärung ("die Zeit ist noch nicht reif") sieht man klar, daß seitens der Landesregierung kein ernsthaftes Interesse an einer Zusammenarbeit da war - man muß sogar sagen: im Gegenteil.

d- die letzten zwei Nummerungen 1. der KND wird in einem eigenen Block gehen und 2. Sprecher des Landes Kärnten wird Herr Pruggat senior sein (über den offensichtlich berechtigterweise gesagt wird, daß er ein fester Nazi war; übrigens war zuerst Bundespräsident Kirchschläger geplant gewesen) sind im gewissen Sinn ein Kniefall vor den Deutschnationalen; aber auch in gewissen Sinn ein etwas lächerlicher Ver-

such sich von den offen Deutschnationalen, dem KND, zumindest beim Aufmarsch etwas abzugrenzen. Ob wohl manche Parteifunktionäre Gewissensschwierigkeiten bekommen, ob sie beim KND-Block oder beim Parteiblock mitmarschieren sollen?

Für die OktoberArena/Oktobrskitabor hatte dies die Auswirkung, daß sie nun nicht mehr Bestandteil des offiziellen Programms sein wird - in jenen wäre sie wohl auch sicherlich äußerst "merkwürdig" aus dem Rahmen gefallen. Sie wird wahrscheinlich auch keinerlei finanzielle Unterstützung bekommen. Sie hat aber auch unseres Wissens nicht besonders damit gerechnet.

Interessanter wird in der nächsten Woche noch werden, wie sich die Sp-Bundesorganisationen verhalten, und wie v.a. Bundeskanzler Kreisky: wird er sich dazu hergeben, mit dem Herrn Pruggat senior zusammen bei dieser Nationalisten-Folklore-Feier eine Rede zu halten? Widerspricht das nicht seiner antifaschistischen Haltung? Selber - wohl gemerkt persönlichen Haltung den Kärntner Slowenen gegenüber? Und wie wird sich die Gewerkschaft verhalten? Bisher will die Gewerkschaft mitmachen und zu dieser Feier aufrufen. Das widerspricht den antinationalistischen, antifaschistischen Grundätzen der Gewerkschaft! Werden sich die Organisationen, die Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaft (wohl gemerkt: auch jene außerhalb Kärntens) für diese Nationalisten-Folklore-Feiern hergeben? Viele Antifaschisten in diesen Organisationen haben sich dazu noch nicht geäußert - es wird nun aber Zeit!

hr - Klagenfurt/Celovec

Informationen für alle Freunde der OktoberArena/ Oktobrskitabor

Um den Oktober zum Monat der Minderheitenrechte zu machen, den Nationalismus in Kärnten zurückzudrängen, brauchen wir - die OA/OT - die Unterstützung aller Freunde der Minderheiten und aller Freunde der OA/OT-Bewegung. Wie könnt ihr die OA/OT unterstützen?

Hier einige Anregungen:

- an den konkreten Vorbereitungsarbeiten mitarbeiten, wenn ihr in der Nähe von Klagenfurt/Celovec wohnt. Auskünfte: Mo - Fr, 8 - 10 Uhr, Tel. 84 9 24 OA/OT.
- Informationen über die OA/OT verbreiten, egal wo ihr wohnt. Es gibt bis jetzt: eine Broschüre über das Konzept der OA/OT 80 (gratis). Ab September gibt es: die OA/OT Informationsbroschüre, Plakate, Vorverkaufskarten, Pickerl, ev. Anstecker, alles zu geringen Preisen. Falls ihr Interesse habt, gebt eure Bestellungen jetzt schon auf. Auskünfte Tel. u.o., Bestellungen: OA/OT Postfach 497, 9010 Klagenfurt/Celovec.
- möglichst viele Leute zur OA/OT-Veranstaltung am 11.10. bringen, egal wo ihr wohnt. Wie? z.B. so:
- organisiert an eurem Ort ein Treffen von Leuten, die die OA/OT unterstützen könnten bzw. sollten und bereitet mit ihnen eine kleine Veranstaltung vor, z.B. im September. Wir können euch für eine solche Veranstaltung Redner des Vorbereitungsausschusses der OA/OT, Video-Film über die vorjährige OA/OT, Infomaterial, ... zur Verfügung stellen.
- organisiert dann für den 9. oder 10.10. einen Bus oder Zug oder Autos etc. und kommt dann in Scharen zur OA/OT.
- Beschüsse gegen die Beilegung der Gewerkschaft an den offiziellen 10. Oktoberfeiern, wenn ihr Gewerkschafter seid. Macht Stimmung auf eurem Arbeitsplatz für die OA/OT und gegen die Feiern. Wir freuen uns v.a. auch über jeden Gewerkschafter, ganz zu schweigen von eventuellen Funktionären, wenn sie die OA/OT mit ihrem Besuch beehren.
- Beschüsse gegen die Beteiligung der SPÖ-Organisationen an den offiziellen 10. Oktober-Feiern, wenn ihr in einer solchen seid oder Kontakt zu ihr habt.
- Briefe an Bundeskanzler Kreisky, daß er sich nicht für eine Rede hergeben soll.
- und alles, was euch selbst noch einfallt, vor allem auch: Spenden.....

Die heurige OktoberArena/Oktobrskitabor findet statt: 11. Oktober in Klagenfurt/celovec, Messehalle 5

Programm: (Vormittag) Beginn 10 Uhr, Auftritt von Blues- und Folkgruppen, Liedermachern und Tamburitzagruppen. Ende 12.30 Uhr. (Nachmittag) Beginn 13 Uhr, Einzelkonzerte namhafter österr. und ausländ. Interpreten, slowenische und andere Kärntner Chöre, Literatenlesungen.

Hauptabendprogramm: Beginn 19 Uhr, 3 Kärntner Chöre, Grußansprachen und Reden, Kurzauftritte namhafter österr. Einzelinterpreten sowie der Folk- und Popgruppen, Kurzauftritte literarischer und kabarettistischer Interpreten, Schlußdarbietungen, Open end. Neben- und Pausenprogramme: Ausstellungen, OA/OT-Kindergarten (zweisprachig), Bücher- und Infostände, Ausschank von Speisen und Getränken.

in Österreich... Klassenkampf in Österreich... Klassenkampf

OKTOBERARENA
OKTOBRSKITABOR

zwei dvo
sprachig jezično
in die v osmo
80er Jahre desetletje



gegen den
minderheiten-
feindlichen
dreiparteienpakt
für einen
neuen oktober

zoper proti-
manjšinski
pakt
treh strank
za nov
oktober

Im Oktober 1977 begann die OktoberArena/OktoberSkitabor: als Alternative zu den jährlich stattfindenden, deutschnationalen und slowenenfeindlichen Oktoberfeiern, und als Versuch, neue Formen für ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen in Kärnten zu finden. Gleich beim ersten Mal 500 Teilnehmer - dennoch wurde die Arena von der Öffentlichkeit kaum beachtet: das gewöhnliche Schweigen der Kärntner Medien, wenn es um Veranstaltungen der slowenischen Volksgruppe und ihrer Freunde geht. 1978 waren es bereits 800 Teilnehmer und 1979 über 1000. Jetzt kann man es sich nicht mehr leisten, die Veranstaltung und ihre Inhalte zu ignorieren. Die OktoberArena/OktoberSkitabor ist keine "Alternativ-Feier" am 02. Oktober. Das zeigen ihre Losungen. (rechts das Plakat vom letzten Jahr, links das von heuer). Die heutigen Hauptlosungen deuten Sinn und Perspektive der OktoberArena-Bewegung an: den Oktober zum Monat der Minderheitenrechte zu machen und die nationalistischen Feiern mit ihren Geschichtsügen und ihren reaktionären Gedankengut zurückzudrängen.

OKTOBERARENA Für die Rechte der Minderheiten

13. Oktober
in Klagenfurt/Celovec
im Festzelt im
EUROPAPARK

14.00
Kärntner Nationalrat
Kärntner Landesregierung
Kärntner Arbeiterkammer
Kärntner Bauernverband
Kärntner Gewerkschaftsbund
Kärntner Jugendrat
Kärntner Sportrat
Kärntner Volkshochschule
Kärntner Volkstheater
Kärntner Volkshaus
Kärntner Volkshaus

19.30
Kärntner Nationalrat
Kärntner Landesregierung
Kärntner Arbeiterkammer
Kärntner Bauernverband
Kärntner Gewerkschaftsbund
Kärntner Jugendrat
Kärntner Sportrat
Kärntner Volkshochschule
Kärntner Volkstheater
Kärntner Volkshaus
Kärntner Volkshaus

SCHMETTERLINGE

OKTOBRSKITABOR

Für einen neuen Oktober - Za nov oktober

Za pravice manjšin

Kärntner Chauvinisten verhindern
Regionalabkommen mit Jugoslawien

.. "Deutsch-Kärnten gerettet" ..

Für die Kärntner Chauvinisten ist das "deutsche" Kärnten wieder einmal gerade noch davongekommen. Denn beinahe hätte die Stunde Null geschlagen. Was war passiert?

Vorweggenommen - etwas Schreckliches war im Gange. Die jugoslawische Regierung hatte schon vor einiger Zeit der österreichischen Regierung einen Vorschlag gemacht, der die Kärntner Reaktionäre vom Heimatdienst bis zur Landes-SP-Spitze in Panik versetzt hatte: Jugoslawien schlug eine engere regionale Wirtschaftszusammenarbeit vor. Die Grenzregionen beider Staaten, also die südlichen Bereiche Kärntens, der Steiermark und des Burgenlandes sollten, da es in beiden Staaten dort eine wenig entwickelte Wirtschaft gibt, enger zusammenarbeiten und ein Abkommen schließen, in welchem eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen getroffen werden sollte. So sah der jugoslawische Vorschlag die Errichtung einer 20 bis 30 km breiten Zollfreizone beiderseits der Staatsgrenze vor, für die Industrie, das Gewerbe und den Verkehr in dieser Region sollten bedeutende Erleichterungen geschaffen werden und der Warenaustausch sollte gefördert werden. Auch die Möglichkeit der Errichtung von Betrieben im jeweils anderen Staat wurde angeregt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zweifellos im Interesse beider Seiten. Die Struktur der Wirtschaft in den Grenzregionen ist nicht besonders gut entwickelt. Was Südkärnten betrifft, herrscht hier die größte Arbeitslosigkeit in Österreich, es gibt schlechte Arbeitsbedingungen, niedrigere Löhne als sonstwo und eine sehr hohe Pendlerquote. Jede Verbesserung der Wirtschaftsstruktur ist für die Werktätigen in dieser Region von größtem Interesse.

Nach etwas anderem kommt dazu, was heute ein brennendes Problem ist: durch das Wettstreiten der beiden Supermächte wächst die Kriegsgefahr, und der sowjetische Sozialimperialismus ist heute der Hauptkriegstreiber. Es ist bekannt, daß unser südliches Nachbarland in seinen Hegemonieplänen eine besonders wichtige Rolle

spielt und seit Jahrzehnten sowjetischem Druck und Einmischungsversuchen ausgesetzt ist. Sollte es einmal zum Krieg kommen, wird es nicht nur um die Unabhängigkeit und Freiheit Jugoslawiens gehen,

Letzte Meldung! KND fordert, Verhandlungen über „Regionalabkommen“ abzubrechen!



**WIRD ZOLLFREIZONE
WIENS ABSTIMMUNGSPENDE?**



**KÄRNTEN
VERSCHENKEN?**

NIT AMOL DENKEN!

sondern auch um die Österreichs. Beide Staaten haben also engste gemeinsame Interessen. Daher wäre die Unterstützung des blockfreien Jugoslawien durch Österreich, enge wirtschaftliche Kooperation und gut zusammenarbeitende und einander unterstützende Grenzregionen, die durch den österreichischen Imperialismus lange Zeit bewußt und künstlich unterentwickelt gehalten wurden, eine äußerst gute und wünschenswerte Sache,

Aber in Kärnten gibt es neben den bereits aufgezählten Übeln ein noch viel größeres Übel: den Chauvinismus, die nationale Hetze und Unterdrückung der Slowenen. Jene, die an ihm ein Interesse haben, weil sie damit die Bevölkerung gegenseitig aufhetzen und vom Kampf um die gemeinsamen sozialen Interessen als Arbeiter, kleine Angestellte und Bauern abhalten können, also die drei Parteien und der Kärntner Heimatdienst, haben nun aufgehört, als der jugoslawische Vorschlag bekannt wurde. Plötzlich war Kärnten wieder in Gefahr. Abwehrkampf Stimmung wurde geschaffen, der rote Fuchs jenseits der Karavanken, einen Teil Kärntens abtrennend wurde wieder beschworen. Und das Kärntner Kapital reagierte, vor Chauvinismus toll, wie es im modernen Kapitalismus selbst fürs Kapital nicht mehr üblich ist: keine Rede mehr von der sonst immer hochgelobten "freien Marktwirtschaft", vom "freien Spiel der Kräfte" und der "freien Konkurrenz", also den "Idealen", die immer wieder gegen das "strenge, zentralistische und dirigistische Staatswirtschaftssystem des Titokommunismus" in den Himmel gehoben wurden. Plötzlich forderten die Kärntner Kapitalisten und mit ihnen die Kärntner DGB-Spitze die Ablehnung der Zusammenarbeit mit Jugoslawien durch die Bundesregierung. Einige forderten sogar eine bessere Überwachung der angeblich zu offenen Grenze mit Jugoslawien. Wer da wohl dirigistisch ist? Die neuesten Praktiken der Kärntner Bourgeoisie erinnern nämlich stark an die Methoden der russischen Sozialimperialisten. Und die dürfen sich mit den Kärntner Reaktionären freuen: das Regionalabkommen zwischen Jugoslawien und Österreich wird jetzt nicht abgeschlossen werden. Peinlich für die Chauvinisten ist allerdings, daß einigen Kapitalisten der Profit aus Jugoslawien geschäften doch recht heilig ist, obwohl ihre Führer gegen die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Schwefel und Galle speien. So wurde vor kurzem bekannt, daß sich ein Südkärntner Kapitalist und FPÖ-Funktionär intensiv in Jugoslawien um Aufträge für Arbeiten in der Papierfabrik "Obir" in Rechberg/Rebrca bemühte, während sein Parteiboss Ferrari-Brunnenfeld gerade die wüstesten Attacken gegen dieses mit jugoslawischer Beteiligung betriebene Werk ritt...



Metallarbeiter-Lohnrunde:

Volle Teuerungsabgeltung notwendig !

Samstag, den 23.8.1980 kam der geschäftsführende Ökonom und Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie mit dem Forderungspaket für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen betreffend rund 340.000 Metallarbeiter heraus: Angepeilt werde die Abgeltung eines Großteils(!) der Inflation und ein Teil des Wirtschaftswachstums. Daher beträgt

- 1.) die Mindestlohnforderung B - 10% (auf erstaunte Nachfragen des Mittagsjournal-Reporters betonte Wille nochmals: Mindestlohn). Es sei ein "wahrer Kern" daran, wenn Industrie und Finanzminister der Meinung seien, daß die mit 2,5% an der Steigerung der Inflationsrate beteiligten Energie- und Goldpreisteigerungen nicht voll abgegolten werden sollen; man werde das aber "nicht unwidersprochen hinnehmen".
- 2.) Die Laufzeit des neuen Kollektivvertrages solle "wegen der Transparenz" für die Lohnempfänger mit 12 Monaten fixiert sein.
- 3.) Die Frage der Schwerstarbeiter werde zur Diskussion stehen. Mögliche Forderungen: tägliche Erholungszeiten, Zusatzurlaub oder anderes. Darüber hinaus soll über die arbeitsrechtliche Angleichung der Arbeiter an die Angestellten gesprochen und eine diesbezügliche Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Unternehmern eingerichtet werden.



Zu 1.)

- o Wille hat sich zu den Ist-Löhnen nicht klar geäußert, sondern nur etwas von voraussichtlich 6% gemurmelt.

Eine Forderung von mindestens 10% - aber auf die Ist-Löhne - halten wir auch für nötig (und vor allem einen Abschluß in dieser Höhe). Bis Anfang September werden nach dem offiziellen Index 7% Preisteigerungen aufzulaufen sein (zuzüglich dem halten Prozent Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrages mit 1.1.1980). Um das netto voll abzugelten, müßten Lohnerhöhungen in der Größenordnung um 10% durchgesetzt werden - auch wenn diese Forderung für die Kapitalisten ein "Kriegsgrund" ist. (Das von ihnen in Aussicht genommene Angebot lautet auf unter 6%, also schon brutto unter der offiziellen Preisteigerungsrate.)

- o Wille ist prinzipiell nicht bereit, eine Mindestbetragsforderung aufzustellen: "Jede Nivellierung durch die Gewerkschaften - auch mit Mindest- oder Sockelbeträgen - geht an den Realitäten (gemeint ist damit, daß auch besser Verdienende von der

ÖGB-Vizepräsident Dallinger stellte am 27.8.1980 fest, daß es schon ein Erfolg sei, "wenn das Lohn- und Gehaltsniveau von 1979 gehalten werden kann." Eine Realloohnerhöhung würde Abschlüsse von über 10% erfordern, das sei unmöglich. Aber ein Mindestbetrag in der Größenordnung von ca. S 800,- für die Mindestlohnbesitzer sei gerechtfertigt.

Gewerkschaft vertreten sein wollen und eben nur in Prozenterhöhungen ihnen "der entsprechende Ausgleich" gebracht würde) vorleif und wälzte sich daher gegen die Gewerkschaften richten. Wir werden daher bei der Erhöhung der Löhne in Prozentsätzen bleiben müssen, obwohl das für so viele Mitglieder schwer verständlich ist." (Aust "Glück auf!" 9/80). Wille ist also gegen das Notwendige Nachziehen der vom Lohnabbau besonders betroffenen unteren Lohngruppen, bei der derzeitigen Höhe von Prozentforderungen nicht einmal die Forderung voll abgegolten bekommen.

- o Die Gewerkschaftsführung denkt auch nicht daran (Wille erklärt das wiederum prinzipiell in oben erwähnten "Glück auf!" damit, daß die bisherige Praxis, die kollektivvertraglichen Mindestlöhne mehr zu erhöhen als die Ist-Löhne heute auch wieder nur das gleiche Verhältnis wie 1926 zustandegebracht hätte), eine deutlich über dem Ist-Lohn-Abschluß liegende Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne zu erreichen: schon gar nicht, auch hier mit einer Mindestbetragsforderung zu operieren.

Es ginge hier nicht nur um den nicht unbeträchtlichen Teil der davon betroffenen Lohnabhängigen (v.a. weibliche "Hilfsarbeiter") und z.B. auch um die Akkordrichtsteller, sondern auch gegen eine noch schärfere Lohndrückerei in der bevorstehenden Krise im besondern und im allgemeinen darum, der Spaltung und Aufspaltung der Lohnabhängigen entgegenzuwirken. Dem entsprächen würde auch die Forderung nach der Auflösung

der versteckten Frauenlohngruppe 6 und der Jugendlohngruppe 8.

- o Zum "wahren Kern": Der plumpe Schmeiß von Kapitalisten und ihrem Staat, "importierte" Anteile an der Preisteigerungsrate nicht voll abgelten zu können, läuft auf nichts anderes hinaus, als daß die Lohnabhängigen eine Senkung ihrer Löhne unter den Wert ihrer Arbeitskraft hinnehmen sollen. Den Unternehmern ist längst gelungen, ihre Waren um den dadurch erhöhten Preis zu verkaufen. Tatsächlich das nicht - um die Konkurrenz zu unterbieten, sollen eben die Arbeiter den Lohnabbau hinnehmen (keineswegs der Kapitalist eine Verminderung seines Gewinnes). Überall in der kapitalistischen Welt wird damit die Notwendigkeit des Lohnabbaus begründet. Wo werden die niedrigen Löhne in einem Land (genauso wie national gesehen in einem Betrieb) zum Argument für die Notwendigkeit noch niedrigerer Löhne im anderen Land (Betrieb). Die Metatarschaften im Lohnrücken sind voll im Gange - natürlich im Dienste der "Arbeitsplatzsicherung".

Bis vorigen Samstag hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung die hinterhältigen und dummen Argumente des Kapitals in keinem einzigen Fall akzeptiert - Wille tat es. Es gilt, eine Kettenreaktion an Lohnabbau zu verhindern.

Zu 2.)

- o Diese Forderung ist in Ordnung. Wer denkt schon daran, daß 10% auf 12 Monate bei einer Verschleppung auf 14 Monate nur mehr 8,3% darstellen?

Fortsetzung auf Seite 8

Industrieangestellte: Forderungen für die KV-Verhandlungen einbringen !

Die Kollektivvertragsverhandlungen für rund 75.000 Angestellte in Industrie und Gewerbe werden ebenfalls im September beginnen.

Der Sektionsverband der GPK-Sektion Industrie und Gewerbe forderte "alle Gliederungen der Sektion" auf, Vorschläge für das Forderungsprogramm zu machen, welches er in der ersten Septemberhälfte dann endgültig beschließen werde. Solche Vorschläge in engem Zusammenwirken von Belegschaft und Betriebsrat zu beraten und als Forderung zu beschließen ist nun wichtig und notwendig.

Außer den bereits von uns veröffentlichten Vorschlägen des Angestelltenbetriebsrates von Wertheim/Wien und der Angestellteninitiative im VOEST-Alpine-Werk Linz ist uns noch der im folgenden abgedruckte Antrag von den Betriebsratsobmännern und den Fachgruppenleitungen der Eisen- und Stahlbauindustrie, der Maschinenbauindustrie und der Heizungs- und Lüftungsbauindustrie in Wien vom 11.8. bekannt:

1.) Erhöhung der Ist-Gehälter, welche jedenfalls die Teuerung seit den letzten KV-Verhandlungen abgibt.

Bestlegung eines Mindestbetrages, welcher bis zu einem Brutto-Gehalt von S 10.000,- wirksam ist.

Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestgrundgehälter, Lehrlingsentschädigungen sowie der Aufwandsentschädigungen um das 1,5 fache der Ist-Gehalts-Erhöhung.

2.) Schillingmäßige Angleichung der letzten drei Biennien an die ersten sechs bzw. das erste in der Verwendungsgruppe

3.) Beseitigung der 10%-Ausnahmeregelung beim Biennialsprung.

4.) Aliquotierung der Abfertigung. Abfertigungsanspruch auch bei Selbstkündigung.

5.) Erhöhung des Urlaubsanspruches durch Ersetzen des gesetzlichen Begriffes "Werktag" durch "Arbeitstag".

6.) Anrechnung der Lehrzeit auf alle Ansprüche, die sich nach der Dauer der Dienstzeit richten.

7.) Regelung der Ortsmontage für alle Fachgruppen.

8.) Anrechnung des Karenzurlaubes als Verwendungsgruppenjahre.

9.) Für Außendienstmitarbeiter ist das 13. und 14. Gehalt in der Höhe des Fixums, mindestens jedoch in Höhe des kollektivvertraglichen Mindestgrundgehaltes zu zahlen.

10.) Umwandlung der Empfehlung bezüglich Jubiläumsgelder in eine zwingende Norm.

(Der Wertheim-Angestelltenbetriebsrat gehört diesem Fachgruppenverband an)

LOHNRUNDE UND WIRTSCHAFTSLAGE

Die Lohn- und Gehaltsrunde für Metallarbeiter und Industrieangestellte im Herbst fällt in eine Zeit, in der sich allen Anzeichen nach bereits ein neuer Kriseneinbruch der kapitalistischen Wirtschaft anbahnt. Der schwache und brüchige Aufschwung nach der Krise 1975 nähert sich allem Anschein nach wieder seinem Ende. Viel spricht dafür, daß die bevorstehende Krise der von 1975 kaum nachstehen wird. Hier wollen wir uns jedoch nur mit einigen Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Bedingungen für die bevorstehenden Lohnauseinandersetzungen beschäftigen.

Von Kapitalistenseite her ist man gewohnt, in jeder Konjunkturlage die Forderung nach Lohnverzicht zu hören. Nach der Krise ist es der aufkeimende Konjunkturaufschwung, der nicht gefährdet werden darf. Im Aufschwung wiederum ist Lohnverzicht notwendig, um kein Abreißen dieser Entwicklung und kein Absinken in eine neue Krise zu provozieren. Geht es bereits wieder bergab, ist Lohnverzicht erst recht notwendig, um die Wirtschaft nicht vollends zu ruinieren. Lohnverzicht ist demzufolge immer notwendig, egal wie die Konjunkturlage gerade ist. Anders wird man's von Kapital und Regierung nie hören.

Tatsächlich ist schon daraus ersichtlich, daß die Löhne weder für Aufschwung, noch für Abschwung und Krise der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich sind. Krisen treten nicht wegen zu hoher Löhne ein. Sie treten ein, wenn die Massen des in der Produktion angelegten Kapitals in Widerspruch geraten zu den Absatzmöglichkeiten für die Produkte bei entsprechenden Profitraten. Dieser Widerspruch führt zwangsläufig in einigen Jahren immer wieder zur Krise. Die Krise selbst muß ihn wieder für einige Zeit lösen, indem große Kapitalmassen vernichtet, Konkurrenz ausgemerzt, Fabriken geschlossen werden und damit wieder Platz geschaffen wird für neue Expansion und vorübergehendes Steigen der Profite. Auch die niedrigsten Hungerlöhne können an dieser Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus nichts ändern. Allerdings werden gerade die Krisen für besonders scharfe Lohnrückerei benutzt und wirkt der Konjunkturverlauf sich sehr wohl auf die Bedingungen für die Auseinandersetzung um die Löhne aus.

Im Wirtschaftsaufschwung ist es für die Arbeiterklasse in der Regel leichter, Lohnsteigerungen durchzusetzen, teilweise und vorübergehend sogar über ihren Wert. Denn im Aufschwung verstärkt sich gerade die Konkurrenz unter den Kapitalisten um die Arbeitskräfte, was der Arbeiterklasse günstigere Bedingungen schafft. Abschwung und Krise wiederum verschärfen vor allem die Konkurrenz unter den Arbeitern und anderen Lohnabhängigen, die Bedingungen für den Lohnkampf sind ungünstiger, meist kann nicht mehr als das Halten der Reallohne angestrebt werden. Unmöglich ist der Lohnkampf und die Verteidigung der Reallohne aber auch in der Krise nicht. So bewirkt etwa die besonders scharfe Konkurrenz unter den Kapitalisten in der Krise um jeden Auftrag und die harten Lieferbedingungen bei diesen Aufträgen, daß das Kapital unter

bestimmten Voraussetzungen gerade in der Krise besonders unter Druck gesetzt werden kann, vorausgesetzt, die Arbeitslosen können nicht gegen die in Arbeit Stehenden eingesetzt und ausgespielt werden.

Die bevorstehende Lohnrunde wird allen Anzeichen nach gerade in eine Periode des Übergangs zur Krise fallen. Noch ist die Konjunktur aber nicht schlecht, die Auftragsbücher sind im allgemeinen voll (siehe unser Schaubild). Für das laufende Jahr wird allgemein im Industriebereich noch mit hohen Umsatzsteigerungen gerechnet. Nach Jahren äußerst flauer Investitionstätigkeit in der Industrie ist heuer ein richtiger Investitionsboom ausgebrochen. Viel von diesen Investitionsgütern wird zwar importiert, aber auch der österreichischen Investitionsgüterindustrie verschafft das viele Aufträge und zögert den Kriseneinbruch noch etwas hinaus.

Diese Situation kann und muß für die anstehende Aufgabe genutzt werden, die Netto-Reallohne und -gehälter im September zu verteidigen, ehe der Kriseneinbruch die Bedingungen dafür nachhaltig verschlechtert.

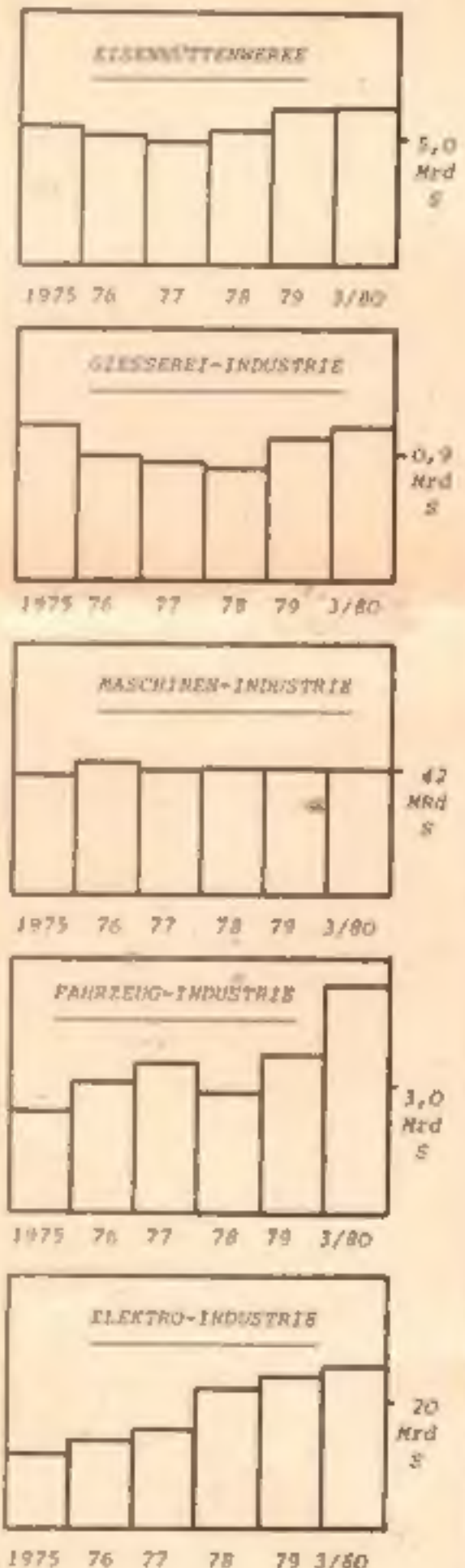
Eine bedeutende Rolle in diesem Zusammenhang spielt der Bereich der verstaatlichten Industrie und hier wieder vor allem die VOEST-Alpine mit ihren über 40.000 Arbeitern und Angestellten. Sie rechnen heuer mit einer Umsatzsteigerung um über 10% bei relativ hohen Verkaufspreisen und will damit nach drei Jahren abnehmender Bilanz-Verluste wieder "schwarze Zahlen schreiben", d.h. auch offiziell wieder Gewinne machen. Profitabel war für sie schon das vorige Jahr, die ersten fünf Monate des laufenden Jahres waren ein glänzendes Geschäft. Im Juni hieß es noch, das dritte Quartal werde nun wohl schwächer werden (wegen der Krise in der Autoindustrie und der Sommer-Sperre der deutschen Autofabriken), das vierte Quartal werde aber wieder profitabel genug werden. Jetzt vor und in der Lohnrunde werden sie natürlich nur mehr mit den schwachen Ergebnissen des dritten Quartals hausieren gehen und von der Krise jammern. Ein Argument für Lohnverzicht ist das noch lange nicht.

Ein zweistelliges Umsatzwachstum erwartet heuer laut "Monatsberichte" 7/80 des Wirtschaftsforschungsinstituts auch die Elektroindustrie, desgleichen die Gießereien und die technische Verarbeitung. Wenn es also auch um den einen oder anderen Betrieb der Metallbranchen schlechter bestellt sein kann: Im allgemeinen ist die wirtschaftliche Lage der Metallbranchen durchaus noch gut. Das ist auch an der Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen im Metallbereich ablesbar: Im Mai waren offiziell 2.960 Metallarbeiter und Elektriker als arbeitslos registriert, um 1.332 weniger als im Mai 1979. Die Zahl der offenen Stellen im Metallbereich hat sich stark erhöht und lag bedeutend über der Zahl der Arbeitslosen.

Diese an sich günstigen Bedingungen für die Verteidigung der Netto-Reallohne und -gehälter im September wollen man aber auch genutzt werden. Was heute unter diesen Bedingungen nicht erreicht wird, wird

umso schwerer zu erreichen sein, wenn die Krise erst einmal eingetreten ist. (GSt)

AUFTRAGSBESTÄNDE IN DEN WICHTIGSTEN ZWEIGEN DER METALL-BRANCHEN



Die Schaubilder stützen sich auf die Angaben in den "Monatsberichten" 6/80 des Wirtschaftsforschungsinstituts. Sie zeigen die Entwicklung der Auftragsbestände in den wichtigsten Zweigen des Metallbereichs. Neuere Zahlen als vom März 80 gibt es noch nicht, doch hat sich die Lage noch nicht wesentlich verschlechtert. (Laut NBo.)

in Österreich ... Klassenkampf in Österreich ... Klassenkampf

Fortsetzung von Seite 1

gebaut wie etwa das Wiener AKW, das bereits ein Vierfaches der Zwentendorf-Investitionen verschlungen hat.

Denn während bei den meisten Projekten das Volk ohnehin nichts mitzureden hat, ist in der Zwentendorf-Frage eben die "Panne" passiert, daß die Entscheidung darüber vom Volk getroffen worden ist. Und das hat bekanntlich 'Nein' zum Atomkraftwerk gesagt. Auf Grundlage dieser

2. Sind Sie für den Umbau des AKW Zwentendorf? und
1. Sind Sie gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs?

Bei einer solchen dreigeteilten Fragestellung - nach schwedischem Modell - würden sich natürlich die AKW-Gegner am stärksten aufteilen und in der relativen Minderheit bleiben; auch in Schweden hatten die beiden Linien, die gegen einen

Volksbegehren vorbereitet würde), die Entscheidung über die Zwentendorf-Frage wieder dem Volk entzogen und dem Parlament zugespielt würde. Denn der Ausgang einer Volksabstimmung mit einem mehrheitlichen "Ja" bedeutet ja noch nicht die Inbetriebnahme von Zwentendorf, genauso wie das "Nein" nicht die Abwrackung bedeutet hat, sondern dann wird das Parlament in Aktion treten und das Atomsperrgesetz aufheben müssen. Nachdem

Boykottiert die beiden AKW - Volksbegehren

Entscheidung wäre ein Umbau von Zwentendorf in ein kalorisches Kraftwerk durchaus im Bereich der Entscheidungsmöglichkeiten der Kraftwerksgesellschaften und der Regierung. Warum hat sie diese Entscheidung - oder auch die Abwrackung von Zwentendorf - nicht schon längst getroffen? Ist es wirklich so, daß die Anti-AKW-Bewegung ein Volksbegehren zum Umbau von Zwentendorf braucht, um diese Entscheidung herbeizuführen? Ist der Umbau von Zwentendorf in ein Gaskraftwerk wirklich das, was die Anti-AKW-Bewegung will?

Immerhin gibt es einige Überlegungen, die gegen den Umbau in ein Gaskraftwerk sprechen. Etwa die, daß es überhaupt nicht besonders sinnvoll ist, zentrale Anlagen in der Größenordnung von 1000 Megawatt zu errichten, weil Übertragungsverluste, Nebeneinrichtungen, die Gefahr von großflächigen Netzzusammenbrüchen usw. dezentralen Anlagen den Vorzug geben. Zu berücksichtigen ist jedenfalls auch die höhere Abhängigkeit von der Sowjetunion, die ja das entsprechende Gas liefern müßte. Aber selbst wenn man der Auffassung wäre, daß der Umbau Zwentendorfs die beste technische und wirtschaftliche Lösung wäre, warum sollte sich die Anti-AKW-Bewegung dafür stark machen? "Damit überhaupt etwas geschieht"?

Wir meinen, daß das, was tatsächlich mit einem derartigen Volksbegehren geschieht, auf die politische Spaltung der Anti-AKW-Bewegung hinausläuft. Sollten die beiden Volksbegehren Anfang November in der Öffentlichkeit so dargestellt werden können, als würden sie Gegensätzliches wollen, wird eine große Zahl von Politikern und Zeitungen den Ausgang hochstilisieren und als eine Bestätigung der bereits vielfach lancierten Meinungsumfragen ausgeben, die besagen, daß heute bereits eine Mehrheit für Zwentendorf zu finden ist. Diese Rechnung wird allerdings nicht vollständig aufgehen, weil sich wesentliche Teile der Anti-AKW-Bewegung, etwa die IOAG, von dem Umbau-Volksbegehren distanzieren werden. Aber eine gewisse Unterschriftenzahl wird das Umbau-Volksbegehren bekommen. Und dann besteht die große Gefahr, daß es den Meinungsmachern gelingt, die Sache so darzustellen, daß es halt AKW-Befürworter gibt und AKW-Gegner und solche, die für den Umbau von Zwentendorf sind. Letztere kommen sowohl aus dem Lager der Befürworter wie aus dem Lager der Gegner, aber es sei eine ernst zu nehmende Gruppe. Daher müsse man dieser Entwicklung Rechnung tragen und bei einer neuerlichen Volksabstimmung, die für Anfang März 1981 ja schon geplant ist, dem Volk drei Fragestellungen vorlegen:

1. Sind Sie für die Inbetriebnahme des AKW?

weiteren Ausbau des Atomkraftwerksprogramms waren, zusammen mehr als die Hälfte aller Stimmen. Trotzdem konnte die Linie für den weiteren Ausbau des AKW-Programms sich mit einer relativen Mehrheit durchsetzen. Daß diese Gefahr wirklich vorhanden ist, haben schon viele AKW-Gegner und -Gruppen eingesehen.

Die Sache wurde auch mit der Frau Dr. Schmitz auf der AKW-Gegner-Konferenz im Juni in Linz diskutiert. Nach einer stundenlangen Debatte, in der verschiedenste Leute versucht hatten, ihr die Sache von mehreren Seiten her klarzumachen, haben wir sie gefragt, ob sie zumindest bereit sei, sich in ihrer Vorgangsweise von den Beschlüssen der AKW-Gegner-Konferenz - auf der immerhin fast 50 Gruppen vertreten waren - leiten zu lassen, bzw. sich daran zu halten. Ihre Antwort: "Ich werde mich an überhaupt keine Beschlüsse einer solchen Konferenz halten sondern das Volksbegehren durchziehen. Ich habe 6500 Vorausunterschriften im Büro und die restlichen 3500 werden mir schon telefonisch angekündigt."

Da stellt sich natürlich schon die Frage, warum sie sich nicht vorher mit den Anti-AKW-Gruppen berät und ihre Vorgangsweise danach ausrichtet, so wie es Prof. Tollmann ja auch getan hat. Als er meinte, er möchte für die Bundespräsidentenwahlen kandidieren. In der weiteren Diskussion mit Frau Dr. Schmitz sind ihre Motive dann schon etwas klarer herausgekommen.

Frau Dr. Schmitz ist kooptiertes Mitglied der ÖVP-Bundesparteileitung und stimmt ihre Vorgangsweise eben eher mit diesem Gremium ab. Sicherlich ist allen bürgerlichen Parteien, der SPÖ genauso wie der ÖVP, die Tatsache, daß sie heute über eine so wichtige Frage wie die Inbetriebnahme von Zwentendorf nicht im Rahmen der parlamentarischen Verhandlungen entscheiden können, ein Gruel. Nichts wäre ihnen lieber, als die Sache so schnell wie möglich wieder in den parlamentarischen Spielraum zurückzubringen. Vor allem der ÖVP muß daran gelegen sein, weil sie dann ja zweifellos in einer stärkeren Verhandlungsposition wäre. Sie könnte für eine Zustimmung zur Inbetriebnahme von Zwentendorf in anderen Fragen wahrscheinlich wichtige Zugeständnisse von der SPÖ erhandeln. Kuhhandel? Es wäre nicht der erste.

Es steht also stark zu vermuten, daß die Frau Dr. Schmitz genau weiß, daß ihre Vorgangsweise auf eine Spaltung der AKW-Gegner hinausläuft, und mit einem neuen Volksabstimmungsergebnis, das wesentlich zu Ungunsten der Gegner ausgehen könnte (wenn es durch - sagen wir - zwei- oder dreihunderttausend Unterschriften für ein Umbau-Volksbegehren gegenüber 500 000 Unterschriften für das Pro-Zwentendorf-

das ein Zwei-Drittel-Gesetz ist, braucht man dazu die Zustimmung der ÖVP.

Eine genauere Betrachtung des zweiten Volksbegehrens bringt einen daher zur Überzeugung, daß es sich überhaupt nicht um eine Nebenaktion eines Teils der AKW-Gegner handelt, ja nicht einmal eine Aktion ist, die auch gegen Zwentendorf als Atomkraftwerk ist; im Gegenteil: Diese Spaltungslinie kann nur bezwecken, den AKW-Gegnern eine Niederlage zuzufügen.

Das sind die Gründe, warum wir beide Volksbegehren bekämpfen werden.

C.F.

Fortsetzung von Seite 6

Metallarbeiter-Lohnrunde

Zu 3.)

o Wille selbst berichtete am Gewerkschaftstag Metall-Bergbau-Energie (4.-7.3.1980 in Wien), daß eine Arbeitsgruppe der Gewerkschaft sich mit den Problemen der Schwer-, Nacht- und Akkordarbeit beschäftigt habe und zu dem Vorschlag gekommen sei, die Belastungen durch Zusatzurlaube abzumildern (Nachtschichtarbeiter jährlich 2 Wochen, Akkordarbeiter 1 Woche und besonders schwer belastete Arbeiter ebenfalls 1 Woche. Diese Zusatzurlaube könnten sich auch akkumulieren: ein Akkordarbeiter, der in der Nachtschicht unter besonders erswerenden Umständen arbeitet, sollte demnach einen Anspruch auf jährlich vier Wochen Zusatzurlaub bekommen).

Wir halten eine solche Forderung - solange sie nicht spalterisch eingesetzt bzw. damit nicht allen Beschäftigten in diesen Branchen ein Lohnverzicht von entsprechenden Prozentpunkten "solidarisch" aufoktroyiert wird - für richtig. Sollte sie in der vom Gewerkschaftstag vorgeschlagenen Form durchgesetzt werden, wäre das ein unterstützender Faktor

- einerseits für eine zukünftige und notwendige Forderung nach dem Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit (außer in technisch notwendigen Fällen unter der Kontrolle des Betriebsrates), bzw. der gleichzeitigen Reduzierung der täglichen Arbeitszeit in solchen Fällen,
- andererseits für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit überhaupt.

So wie Wille seine "Forderung" formuliert hat ist zu fürchten, daß anstelle eines echten Zusatzurlaubes höchstens "oder anderes" herauskommen kann, z.B. Freischichten, die einen solchen Urlaub "auffressen".

-usb-

Ausschließlich die hohe persönliche Ge-
sinnung seines Kanzlers hat Österreich
vor einer großen Schande bewahrt: sie hat
die Lieferung von 100 Jagdflugzeugen und
knapp 500 Maschinenpistolen und -gewehren
an die Junta Chiles verhindert. Vor zwei
Jahren hätte der österreichische Export
dieser Waffen bereits zu ernsthaften
keimenden Problemen mit der Junta ge-
führt, die scharfe Reaktionen und Verur-
teilung auf solche Waffenexporte der Ver-
nichtung des Kanzlers stattig machen
hätten.

Der Unterschied zu der Schenkung des
Exportansuchen an die Bundesregierung nach
Argentinien und Chile durch die Steyer-
Bühler-Politik hat keine tatsächliche aber eine
Differenz (in der politischen und diplomatischen
Politik) aber beiden Staaten verfallen werden.
Die Regierung Argentinien als
auch Chile sind reaktionäre Regierungen
und Mörder der LK.

Bei der UNO-Begründung des Steyer-Bühler-
Policies einen defensiven Auftrag
(Vollmacht nur vorläufig) gegeben,
weiter auf ihre archaische ideologische Dis-
tinction (reaktionäre imperialistische Außen-
politik (Chile und Argentinien) haben die

gespannten Verhältnis zueinander) hat nur
wenige Bezugspunkte für die sozialdemo-
kratische internationale Solidarität in
der 3. Welt gefunden, die um so schwerer
bedeutung geworden sind. Deshalb die
der Regierung verwerfen konnte, ihre
Interessen vor die des Staates zu stellen.

Der diesjährige alljährliche wurde
sogar mit der alljährlichen Arbeiter-
planungsarmee argumentiert, das ist der
Verzicht, die Arbeiter vor der Macht des
Kanzlers und einer imperialistischen Staats-
politik zu schützen, die aber in Österreich
zu den Folgen der 3. Welt zu bringen. 1978
(Jahr der Argentinien-Politik) ermittelte
die Staatsanwaltschaft wegen Neutralitäts-
verletzung gegen den kommunistischen Bund,
der den Befreiungskampf in Zimbabwe durch
eine Geldsammlung für Kriegsgüter unter-
stützte.

PINOCHETS KÜRASSIERE

Die Forderung nach der Auflösung (re-
spektive Umstellung) der Waffenindustrie
erweist sich hier als Illusion und es steht
nur die Frage, in wessen Hände die Waffen
gehören. Alle Waffenexporte sind daher vor
der Genehmigung durch die Minister für
Inneres und Äußeres pünktlich offenzulegen!

Die Verteilung der Waffenexporte der öster-
reichischen Industrie ist zunächst prinzipi-
allos, gewinnorientiert, aber doch po-
litischen Beschränkungen unterworfen:

Österreich liefert an keine Befreiungs-
bewegungen, scheut sich aber nicht, an Ar-
gentinien und Chile zu liefern, obwohl
sie Handel miteinander haben;

Österreich liefert nicht, wenn Rußland
(1) neutralitätspolitische Bedenken hat
(China erhielt deswegen nicht das Stg 77);

und Österreich liefert nicht, wenn die
Bevölkerung es verhindert, wie jetzt bei
Pinochets Kürassieren.

Das AKW im Energiekonzept

Mit dem Sieg in der Volksabstimmung am
5. November 1978 ist die Bewegung gegen
Atomkraftwerke, trotz ihrer Absicht weiter-
zudringen, eingeschlafen. Die führenden
(fortschrittlichen) Kräfte der Bewegung
haben nach den erlaubten taktischen Schach-
zügen anlässlich des Referendums den An-
schluß an ihre grundsätzliche Orientie-
rung gegen die imperialistische Energie-
politik nicht mehr gefunden. Es zeigt
sich, daß der (Teil-)Erfolg einer er-
reichten Bewegung sie gefährdet. "Der Sieg
in der Volksabstimmung ist auch ein Sieg
des kommunistischen Bundes Österreichs"
("Kommunist" 1/79, S. 28), versuchte un-
sere Organisation das "Sein" dank der
ÖBAG (Initiative Österreichischer Atom-
kraftwerksgegner) für sich zu beanspru-
chen.

Die Vernachlässigung der Bewegung
durch die kommunistische Organisation,
die Vernachlässigung des Proletariats
durch die Initiative begünstigte den
spontanen Rückgang der Bewegung nach dem
5. November und ermöglichte eine Kräfte-
verschiebung, die dem rückständigen Teil
der Bewegung die Führung überließ -
siehe Volksbegehren der Elisabeth Scheitz.

Die ersten thermonuklearen Reaktionen,
die wirklich Politik gemacht haben, lie-
gen bereits 35 Jahre zurück. Hiroshima und
Nagasaki sind Zeugen, daß sich Einsteins
 $m \cdot c^2$ erstmals im Ringen imperialistischer
Mächte offenbart hat. Und gleich ist es
heute: Die Atomkraftwerksprogramme der im-
perialistischen Länder sind Waffen gegen
den unterdrückten Teil der Erde. Ihr
Zweck ist es, auf dem Rohstoffmarkt (Öl,
Gas, Kohle) ein Verhältnis von Käufers zu
Verkäufern herbeizuführen, das den Preis
der Energieträger weit unter ihren Wert
drückt. Die Ausplünderung soll, wo sie
politisch nicht gesichert ist, über Markt-
mechanismen erzwungen werden.

In diesem Punkt sind die Interessen des
Imperialismus einheitlich und so verhält
er sich auch gegenüber der Dritten Welt.
Die Initiativen der Hegemonialmächte fal-

len auf guten Boden; die Bourgeoisien der
Zweiten Welt lassen sich bereitwillig die
Hände binden: Internationale Energieagen-
tor (USA), Energielieferungen der UdSSR
(als vervollständetes Beispiel der russische
Vorschlag des gesamteuropäischen Verbund-
netzes, der die gemeinsamen imperialisti-
schen Ziele mit der individuellen Strate-
gie koppelt). Dies erstens;

zweitens hat die Elektronik die In-
dustriestruktur in einer Höherentwick-
lung der Produktionsmethoden stark
verändert. Die Ablösung der Arbeits-
maschine durch den Automaten setzt an
die Stelle der Transmission (Bewegung-
energie) die elektrische Energie (die
Wortverwandtschaft zur Elektronik ist
verräterisch). Dem genügen die alten
Methoden der Stromerzeugung nach der
Quantität wie nach der Stellung, die
diese Energieform im Produktionspro-
zeß nun einnimmt, nicht mehr. Die Atom-
kraftwerke sind die Dampfmaschinen der
Automation.

Von diesen beiden Voraussetzungen
ist auch das Atomprogramm der Österrei-
chischen Regierung bestimmt. Die Kon-
zentration auf Zwentendorf war ein
taktischer Rückzug, um - wenn das erste
Kraftwerk einmal lief - das ganze Pro-
gramm wieder hervorzukramen und also
die Bedürfnisse der Bourgeoisie im gan-
zen Umfang zu befriedigen.

Die Bourgeoisie hat die Rolle der
Kernenergie für die Automation beauftragt,
um das Proletariat für ihren Fort-
schritt entlang der schönsten Ideologie
zu vergattern, daß die Entwicklung der
Produktivkraft mit den Lebensbedingungen
der arbeitenden Klassen direkt verban-
delt sei. Folglich mußten die Gegner
des Atomprogramms als versponnene Reak-
tionäre erscheinen.

In der gleichen Absicht wurde die
OPEC als Kartell bössartiger Ölscheichs
dargestellt mit der besonders nieder-
trächtigen Methode, durch die fremd-

artige (und rückständige) arabische
Kultur im Volk Ablehnung und Unsympa-
thie zu erzeugen.

Jedoch: "Die kapitalistische Produk-
tion entwickelt... nur die Technik und
Kombination des gesellschaftlichen Pro-
duktionsprozesses, indem sie zugleich
die Springquellen alles Reichtums unter-
gräbt: die Erde und den Arbeiter." (Karl
Marx, Das Kapital, Bd. 1, IV. Abschnitt)
Aus dieser Tatsache besteht die Bewegung
gegen Atomkraftwerke ihre Berechtigung
und der Vorwurf der Maschinenstürmerei
ist entkräftet.

Die Erde, den Umweltschutz hat die
Bewegung in ihren Kampf eingebunden, nur
halb aber den Arbeiter. Die Wirkungen
des Atomkraftwerkes auf die Bevölkerung
sind nicht nur radioaktive Abstrahlung
und Unfallgefahr. Für das Proletariat
sind die Erzeuger der Atomkraftwerke,
die Automaten, die Indikatoren der rol-
lenden Welle neuer Degradierung und ma-
teriellen Elends, weil es nie nach sei-
ner Stellung in Produktion und Gesell-
schaft als die eigentümliche und unter-
drückte Klasse nicht beherrscht.

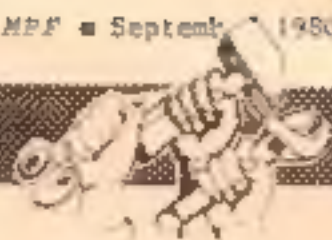
Der Leitstern ihrer Entwicklung ist
der Profit.

Lahe
Wien/23.8.1980



Reihe: Materialistische Wissenschaft 1
40 Seiten • Preis S. 20,-

zu beziehen über: KB-Buchvertrieb
1020 Wien, Krumbaugasse 1/2



Im folgenden Beitrag versucht ein Angestellten-Betriebsratsmitglied aus einem Mittelbetrieb der Metallindustrie seine Erfahrungen im "Kampf um die Gewerkschaften" auf betrieblicher und innergewerkschaftlicher Ebene darzustellen und Bezug auf die Linzer VOEST-Angestellten-Initiative zu nehmen. Beide Dinge spielen sich im Rahmen der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten ab) und daher hat das Problem des Verhältnisses Arbeiter : Angestellte einen besonderen Stellenwert.

ZUM KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTEN UND SEINE BEDINGUNGEN

Wir Kommunisten propagieren, daß es in der Hand der Arbeiter und Angestellten liege, ob es gelingt, z.B. in Zusammenhang mit bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen, die Löhne und Gehälter zu verteidigen oder nicht. Wir propagieren den Kampf um Lohn und Arbeiterschuttsrechte mit dem Hinweis auf die Stärke der Lohnarbeiter - wenn sie einig und selbständig sind, d.h. vor allem, daß sie ihre Interessen keineswegs denen des Kapitals unterordnen. Das ist richtig. Aber wie ist diese Einigkeit und Selbständigkeit zu erreichen, welche Hindernisse müssen überwunden werden? Wie können wir verhindern, daß der Kampf um den Lohn ein Selbstzweck bleibt und sich nicht auf das Ziel der Beseitigung des Lohnsystems selbst richtet?

DIE SPALTUNG DER LOHNABHÄNGIGEN NACH QUALIFIKATION, GESCHLECHT UND ALTER SOWIE VERSCHIEDENE LOHNSYSTEME UND ARBEITSRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

Als erstes springt ins Auge, daß die Arbeiterklasse objektiv in Arbeiter und Angestellte gespalten ist. Darüber hinaus innerhalb dieser beiden Gruppen weiter in Frauen, Männer und Jugendliche einerseits, sowie in qualifizierte und Hilfsarbeiter andererseits. Das erste Problem - die Spaltung in Arbeiter und Angestellte - wird auf drei Ebenen gelöst werden müssen: auf der betrieblichen Ebene durch achte Zusammenarbeit dieser beiden Gruppen, d.h. einmal Zusammenarbeit beider Betriebsratsabteilerperschaften (wenn getrennte Betriebsräte gewählt wurden) bzw. bewußtes Angehen dieses Problems innerhalb eines gemeinsamen Betriebsratsorgans. Beides wird in den meisten Fällen aber nur durch den entsprechenden Druck von "unten" passieren, welcher auch nur eintreten wird, wenn zumindest einige Klassenbewußte Arbeiter und Angestellte über dieses Problem Klarheit unter ihren Kollegen schaffen können.

Die zweite Ebene ist die überbetriebliche Organisation. Hier geht es um die Durchsetzung des Industriegruppenprinzips in den Gewerkschaften und darüber hinaus - auf der dritten Ebene - um die Erhaltung der arbeitsrechtlichen Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten sowie um die Beseitigung des öffentlichen Dienstrechtes. Die größte Schwierigkeit dabei ist, die Angestellten von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen. Bewußtmachen müssen wir hier vor allem, daß es nicht um den Abbau bestimmter "Privilegien" der Angestellten geht, sondern um die Vereinheitlichung beider Gruppen zumindest auf dem höchsten erreichten Stand. Erschwerend ist dabei besonders, daß die Führung der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) selbst nicht bereit ist, ihre Gewerkschaft aufzulösen und Funktionsposten aufzugeben und alles daran setzt, z.B. ab heuer im Herbst mit einer geplanten großangelegten Diskussion über innergewerkschaftliche Demokratie, ihre Mitglieder gegen das von der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie geforderte Industriegruppenprinzip hinter sich zu ver-gattern. Dabei nützt sie den unter den Angestellten weit verbreiteten Glauben aus, daß jeder individuell mehr für sich per-

sonlich herausarbeiten kann. Daß sich die Angestellten aber mit dieser Methode, die ganz den Absichten der Kapitalisten ent-

spricht, gegen einander ausspielen lassen (z.B. wissen besonders in den Mittelbetrieben die Kollegen kaum, was der andere verdient und jeder glaubt, er steht sowieso ganz gut da), wird vielen nicht bewußt.

Was die Spaltung in Angestellte, Fach- und Hilfsarbeiter betrifft, so wird ihre Überwindung letztlich nur mit Hilfe eines demokratischen Volksbildungswesens, mit dem Durchsetzen einer polytechnischen Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes - unter Führung der Arbeiterklasse - anzu-gehen sein. Auf die reformistischen Vorschläge bzw. die entsprechende Praxis der SPÖ und ihrer Gewerkschaftsfaktion bezüglich der Hebung des Qualifikationsniveaus z.B. auf dem "zweiten Bildungsweg", bezüglich Aktionen wie "Mehr Frauen in die Metallberufe" usw. wollen wir hier nicht näher eingehen; außer, daß wir meinen, daß dadurch nichts Wesentliches geändert wird. Gesagt sei hier nur, daß wir die Forderung nach Auflösung (versteckter) Frauen- und Jugendlohngruppen propagieren und unterstützen und auch für die Verringerung der verbleibenden Lohngruppen selbst (Auflösung bestimmter Unterlohngruppen z.B.) eintreten. Denn die gezielte Aufspaltung der Lohnabhängigen durch das Kapital (einmal abgesehen von ganz anderen Möglichkeiten, wie den Einsatz einer vom Kapital erzeugten "Reservearmee" von Arbeitslosen) ist eines der größten Hindernisse zur Herstellung der Einheit einer Belegschaft genauso wie der Arbeiterklasse insgesamt. Nicht nur in Zeiten eines konjunkturellen Abschwunges oder der Krise wird die Konkurrenz unter den Arbeitern objektiv gefördert, sondern zu jeder Zeit durch ihre diffizile Aufspaltung mit Hilfe unzähliger Lohngruppen. Dieser Aufspaltung in einen bestimmten Ausmaß entgegenzuwirken entsprechen die vorerwähnten Forderungen.

Darüber hinaus gilt es, auch bei allen anderen Forderungen, die in Betrieben spontan auftauchen oder von uns initiiert werden, darauf zu achten, daß sie so gestellt werden, um den Großteil der Belegschaft hinter ihnen vereinigen zu können, d.h. Spaltungslinien möglichst zu umgehen und positiv die Bedeutung einer Forderung hinsichtlich Einigkeit und Selbst-

ständigkeit herauszuarbeiten. Als Beispiel sei hier auf unsere Forderung nach einem ausreichenden Mindestbetrag bei Lohnrunden hingewiesen.

DER KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTEN

Das größte Hindernis bei all diesen Fragen ist aber die Tatsache, daß aufgrund vor allem des jahrzehntelangen Einflusses der Sozialdemokratie das Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen Österreichs kein hohes Niveau hat, höchstens im reformistischen Sinn. Daher ist es nicht verwunderlich, daß es so wenig Widerstand gegen die undemokratischen innergewerkschaftlichen Verhältnisse auf allen Ebenen und gegen die Praxis der meisten Gewerkschaftsfunktionäre gibt.

Es ist eine Tatsache, daß das Statut des ÖGB dem Zweck einer Gewerkschaft nicht entspricht. Es klammert praktisch jede direkte Einflußnahme der Gewerkschaftsmitglieder aus! Das höchste Organ des ÖGB ist der Bundeskongress, die Delegierten sind von den Gewerkschaftsvorständen bzw. vom Bundesvorstand selbst bestimmt und wählen wiederum den Bundesvorstand; Anträge an den Bundeskongress können nur von den Vorständen der einzelnen Gewerkschaften eingebracht werden (abgesehen von den beiden zugelassenen "Initiativ-Anträgen" der Frauen- und Jugendabteilungen im ÖGB). Das Organisations"leben" ist total verbürokratisiert. Die untersten Organe sind die Betriebsräte. Betriebsgruppen (alle Gewerkschaftsmitglieder eines Betriebes) - wie sie z.B. noch im Statut der GPA vorgesehen sind und die der Betriebsrat zu bilden hätte - existieren praktisch nicht. Betriebsrätekonferenzen haben nur beratende Funktion. Darüber hinaus kann mit Hilfe des Statuts jeder klassenkämpferisch auftretende Funktionär sofort mit dem Ausschluß bedroht werden ("Totalitarismus"-Paragraph).

Die einzige Möglichkeit für die Mitglieder, überhaupt Einfluß auf die Politik der Gewerkschaftsführung zu erlangen, ist die indirekte über die Betriebsräte. Diese wiederum stellt heutzutage zum Großteil die sozialistische Fraktion. Um also Einfluß auf die Betriebsräte nehmen zu können, ist es notwendig, von unten auf sie einzuwirken sowie daran zu arbeiten, daß klassenbewußte und kämpferische Kollegen - unabhängig von den Fraktionen - selbst für den Betriebsrat kandidieren. Es geht also einerseits darum, in den Betrieben klassenkämpferische gewerkschaftliche Gruppen aufzubauen, andererseits - und damit im Zusammenhang - "Funktionen" zu erreichen. Daraus ergeben sich für die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen meiner Meinung nach die folgenden Aufgaben:

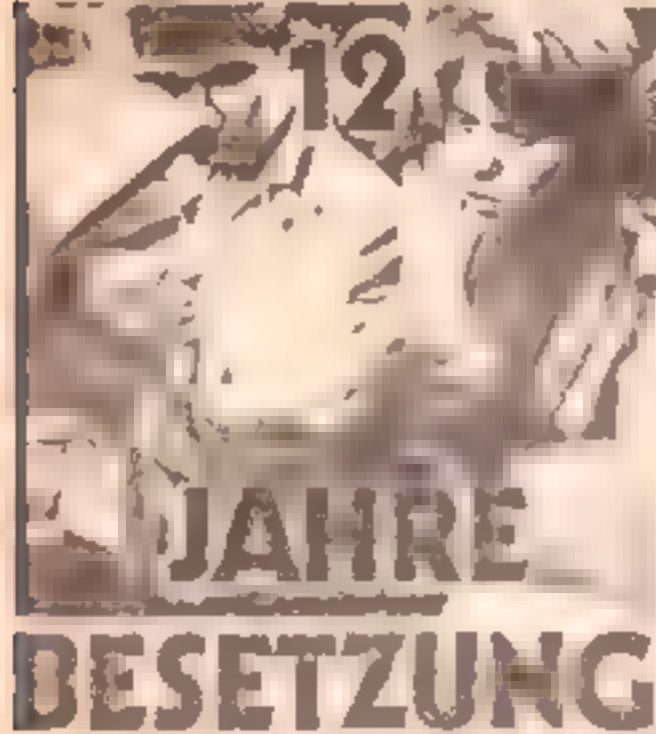
- 1.) Das Bewußtsein der Kollegen im Hinblick auf eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zu entwickeln und sich selbst dadurch auszudehnen.
- 2.) Funktionäre zu "gebären", die sich in ihren Entscheidungen auf die Belegschaft - mit Hilfe der Betriebsgruppe - stützen; d.h. nicht nur zu informieren, sondern in jeder Frage die nun ihm offenstehende Möglichkeit von Diskussionen mit einzelnen Kollegen und Versammlungen zu benützen, um sich der Unterstützung der Belegschaft gegenüber höheren Gewerkschaftsorganen genauso wie gegenüber der Firmenleitung zu vergewissern (bzw. sie überhaupt zu erlangen). So, wobei gleichzeitig das Bewußtsein geschaffen wird, daß für die Belegschaft untragbar gewordene Ver-

Fortssetzung auf Seite 11



INTERNATIONALES

ČSSR 68-80



Abhängigkeit und Hörigkeit gegenüber der SU zu lösen. Die Arbeiterbewegung hat in dieser Zeit vor allem in der Gewerkschaftsbewegung einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Arbeiter verlangten Rechte, die ihnen mit der Verfassungsreform 1960 genommen wurden. Hatten gemäß der Verfassung von 1948 die Arbeiter noch das Streikrecht, die Betriebsorgane der Gewerkschaft einigen Einfluß und Kontrollmöglichkeiten, so mußten diese Errungenschaften 1960 den bürokratischen Maßnahmen der neuen Parteidiktatur weichen. Wichtige Funktionen wurden nicht mehr durch Wahlen vergeben, sondern durch die Partei von oben besetzt. Die Rechte der Arbeiter in den Betrieben wurden zurückgedrängt, und Gewerkschafter, die sich für die Arbeiter einsetzten, gemäßregelt. Doch trotzdem gelang es nicht, die Gewerkschaften zu reinen Staatsorganen zu machen. Und 1968 entwickelte sich die Bewegung der Arbeiter ganz besonders, nahm offenere Formen an. Diese Wider-

stand, seine Führer mit ihrem Programm der Beseitigung des Bürokratismus, der Förderung der Initiative der Betriebe und der Demokratisierung anderer Ziele verfolgten als die Arbeiter, ermöglichte der Reformkurs diesen, sich besser für ihre Interessen einsetzen zu können. Andererseits tolerierten die Reformer die Bewegungen der Arbeiter, brauchten sie doch eine Massenbasis, um ihre sich nach dem westlichen Kapitalismus orientierenden Vorurteile. Denn daß die Russen das nicht so ohne weiteres hinnehmen würden, war ihnen klar.

Den Sowjets war natürlich weder der Aufschwung der Arbeiterbewegung und ihr Kampf um ihre Klassenrechte und um Demokratie recht, noch der Kurs der Reformer in der Führung der KPdSU. Da es voraussehbar war, daß die ČSSR jedenfalls nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzen wollte, schickten sie ihre Panzer, ihren Völkern mußten die Führer der KPdSU und ihre Vasallen im Ostblock natürlich eine Bedrohung von außen an die Wand malen, so als ob ohne Invasion in den nächsten Stunden die Deutschen oder die Amis einmarschieren.

Mit der Invasion in der ČSSR im August 1968 machte es die Sowjetunion absolut klar, daß aus dem ersten sozialistischen Staat eine aggressive, imperialistische Supermacht geworden war, die zwar noch immer den Anspruch erhebt, "sozialistisch" zu sein, mit dem Sozialismus, der Herrschaft der Arbeiter und Bauern aber absolut nichts mehr gemein hat. Inzwischen hat die SU weitere und noch unverschämtere Aggressionsakte gegen fremde Staaten gesetzt oder von ihren Vasallen Kuba oder Vietnam setzen lassen. Konnte sie 1968 noch behaupten, der Einmarsch sei zum Schutze des "sozialistischen Lagers" notwendig gewesen, so konnte sie das bei Angola, Eritrea, Kambodscha oder Afghanistan längst niemandem mehr ernsthaft glaubhaft machen. Vielen Staaten und Kräften in der Welt, die 1968 meinten, der Überfall auf die ČSSR sei eine Ausnahme gewesen, ist inzwischen klar geworden, daß die SU nach der Beherrschung der Welt strebt, daß sie einen neuen Krieg vorbereitet und daß von ihr heute die Hauptbedrohung für den Frieden ausgeht.

Erster großer Auftritt der SU als sozialimperialistische Supermacht

Am 18. August 1968 marschierten sowjetische Soldaten in Prag ein. Sie überfielen die Deutschen, die Tschechen. Als die Soldaten von den tschechischen Arbeitern erfuhr, daß im Gebäude nicht die Deutschen, sondern die Tschechen waren, wurde der Kommandant der Einheit, als sie den Befehl zum Sturmangriff erhielt.

Zu welchen Mitteln mußten die Sozialimperialisten greifen, denn es war den eigenen Völkern und den Völkern ihrer sozialistischen Bruderstaaten diese Art von brüderlicher Hilfe schwer zu erklären.

Der sowjetische Einmarsch 1968 war ein Einmarsch gegen die tschechoslowakische Arbeiterbewegung und gegen die Bestrebungen eines bedeutenden Teils der Parteidiktatur der revisionistisch entarteten KPdSU, sich von der Übermächtigen



sprüche spiegelten sich auch in der Partei wider und führten dazu, daß sich ein Reformflügel herausbildete.

Zum Kampf um die Gewerkschaften

Fortsetzung von Seite 10

treter nicht mehr gewählt werden, abwählbar sind, und es wird es möglich werden, die gewerkschaftliche Demokratie und gegen den Fraktionszwang kämpfen zu können und Einfluß auf die ÖGB-Politik im Sinne der Arbeiter und Angestellten zu nehmen. Wie notwendig das ist, zeigt uns unter anderem die "sozial-partnerschaftliche" Lohnpolitik der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei und - am Beispiel der Initiative der Voest Angestellten in Linz - wie es ihr gelingt, ihre Fraktionsbetriebsräte gegen solche Initiativen einzusetzen: Der Vorstand der ÖPA-Sektion Industrie und Gewerbe selbst forderte Ende 1967 die Angestellten-Betriebsräte auf, in der ersten der bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen "Beratungen über die inhaltliche Präzisierung aller Forderungen im August vorzunehmen. Die Stellungnahmen sollen bis Anfang September in die Zentrale übermittelt werden. Der Sektionsvorstand wird sich in der ersten Septemberhälfte mit allen eingelangten Vorschlägen beschäftigen und die endgültigen Forderungen beschließen." Der Sektionsvorstand ersuchte weiters die Betriebsräte, "die Angestellten in

geeigneter Form zu informieren". Offenbar aber widerspricht es etwas (so eine Aufforderung erging auch bereits im Vorjahr) den Auffassungen des Angestellten-Betriebsrates der Werkes Linz der Voest-Alpine, ist er doch der Meinung, daß sich die Belegschaft nicht um die Kollektivvertragsverhandlungen zu kümmern braucht und wie weit man (Firmenleitung) schon gesunken sei, wenn sie das trotzdem tut.

Problematisch ist das mit dem Vorschlägen in gewisser Weise schon, ist es doch bekannt, was mit ihnen dann wirklich passiert. Voriges Jahr wurden die eingelangten Vorschläge vom Verhandlungskomitee der Industrieangestellten eine(!) Stunde vor Verhandlungsbeginn "durchdiskutiert". Ihr Einfluß auf die gleich darauf vorgebrachte Forderung wird dementsprechend gewesen sein. Das zu ändern, ist langwierig, auch wenn ein Funktionär in Betriebsrätesitzungen der Fachgruppe versuchen kann zu kontrollieren, welche Vorschläge eingelangt sind, so kann er doch z.B. mit Hinweisen auf die "geringe Bedeutung" seines Beitrags abheben auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad - obwohl die Gewerkschaft für

alle Lohnabhängigen, egal ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht, abschließt) abgewinnelt werden. Ist er sich aber sicher, daß die Belegschaft hinter ihm steht, und sein "Vorschlag" eben nicht nur mehr ein solcher ist, sondern eine Forderung geworden ist, dann - noch dazu, wenn es etliche andere Betriebsräte wie ihn gibt -, dann kann es sich um ein Verhandlungskomitee oder ein Sektionsvorstand nicht mehr so leicht machen. Und das gilt für alle Fragen.

Beharrliche Arbeit an der Basis tut also not. Dabei auch alle legalen Möglichkeiten (abgesehen einmal vom Kampf gegen die betriebsrätebliche Arbeit einschränkende Bestimmungen im Arbeitsverfassungsgesetz) zu wissen und zu nutzen ist wichtig, um sich nicht sofort von Kündigungsandrohungen und ähnlichen Maßnahmen beeinträchtigen zu lassen. Denn über den (wahrscheinlich schwierigen und langwierigen) Weg des Aufbaus von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen durch Genossen und klassenbewußte Kollegen kann der Kampf um die Einheit und Selbstständigkeit der Arbeiterklasse gewonnen werden.

INTERNATIONALES



STRATEGISCHER WENDEPUNKT IN KAMPUCHEA

Vom 2.-6. Juni hat der Ministerrat der Regierung des Demokratischen Kampuchea eine Sitzung abgehalten, in der die Lage im Widerstandskrieg besprochen und Festlegungen für den weiteren Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren traf. Aus dem Kommuniqué, das in der Folge der Sitzung veröffentlicht wurde, drucken wir Auszüge ab:

.....2. Der Ministerrat nahm zur Kenntnis, daß das herausragende Ereignis seit Beginn des Jahres 1980 die ausgezeichnete Entwicklung des Volkskrieges unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht von Kampuchea auf allen Gebieten, dem militärischen und politischen wie auch dem diplomatischen Bereich ist.

3. Auf dem militärischen Gebiet erreicht der Kampf des Volkes, der Guerillas und der Nationalen Armee nach den aufeinanderfolgenden Niederlagen der drei Feldzüge des vietnamesischen Feindes während der Trockenperiode zu Beginn der Regenzeit 1980 einen strategischen Wendepunkt. Man kann sagen, daß die Zeiten, zu denen der vietnamesische Feind große Angriffe wie 1979 durchführen konnte, der Vergangenheit angehören. Die vietnamesische Le-Duan-Clique ist nicht mehr in der Lage, das Demokratische Kampuchea militärisch zu besiegen. Mit der Le-Duan-Clique ging sie ständig bergab. Ihre 24 Divisionen und 14 selbständige Regimenter sind in den Guerillakampf der kampucheanischen Armee, der Guerillas und des Volkes verwickelt. Auf einigen Schlachtfeldern sind die Guerillas und die Kämpfer der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea bereits in der Lage, die vietnamesischen Truppen, auch wenn sie als Kampf- oder Regimenter auftreten, zu zermahlen und schließlich zu vernichten.... Einige Desertationen haben den Umfang militärischer Einheiten angenommen, welche Krankheiten wie die Malaria, die hier in der gefährlichsten Form auftritt, schwächen die Reihen des Feindes. Die Versorgung mit Lebensmitteln verschlechtert sich.....

Die Schlichter und Aktivisten der kampucheanischen Guerillas sind über das ganze Land verteilt. Zu Beginn der Regenzeit betrugen die regulären Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea 60.000 Kämpfer, und die Guerillaeinheiten der Dörfer und Gemeinden an die 50.000 Kämpfer. Gleichzeitig verbessern sie qualitativ ihre Kampfaktik.....

4.Die vietnamesischen Besatzer hatten keinen Erfolg in der Einsetzung einer Marionettenarmee und Verwaltung. In der Zeitpanne von nur einem Jahr waren sie in den von ihnen zeitweilig kontrollierten Gebieten gezwungen, die örtlichen Komitees, die zwangsweise eingerichtet wurden, aufzulösen und zu ersetzen, bis jetzt insgesamt dreimal. In dieser Situation müssen sie alles selber erledigen, auf militärischem Gebiet, in der Verwaltung und auf anderen Gebieten. Die Verwaltung in Phnom Penh ist eine durch und durch vietnamesische Verwaltung. Heng Samrin ist nichts als der Schatten der vietnamesischen Aggressionstruppen.....

5. Während der letzten 17 Monate wurde folgendes durch die vietnamesischen Angriffstruppen zerstört: Die wirtschaftliche Infrastruktur, alle Wasserwege und Wasserwerke, kleine und große Anpflanzungen, 70 bis 80% des Viehbestandes, das gesamte Saatgut etc. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung ausgeplündert, beraubt und an der Produktion gehindert.

.....6., wo die Bevölkerung Erfolge im Anbau erzielen konnte, hat der Feind durch wiederholte Zerstörungsaktionen und Verwundung der Felder die Ernte verhindert. Das kampucheanische Volk wird zur Zeit von einem Hungersnot bedroht wie nie zuvor in seiner Geschichte. Diese furchterliche Hungersnot ist nicht die gewöhnliche Auswirkung des Aggressionskrieges, die allgemein geglaubt wird. Sie wurde systematisch als Hälfte des Völkermordes der vietnamesischen Le-Duan-Clique herbeigeführt und dient der Durchführung ihrer verbrecherischen Politik der Ausrottung der kampucheanischen Nation.



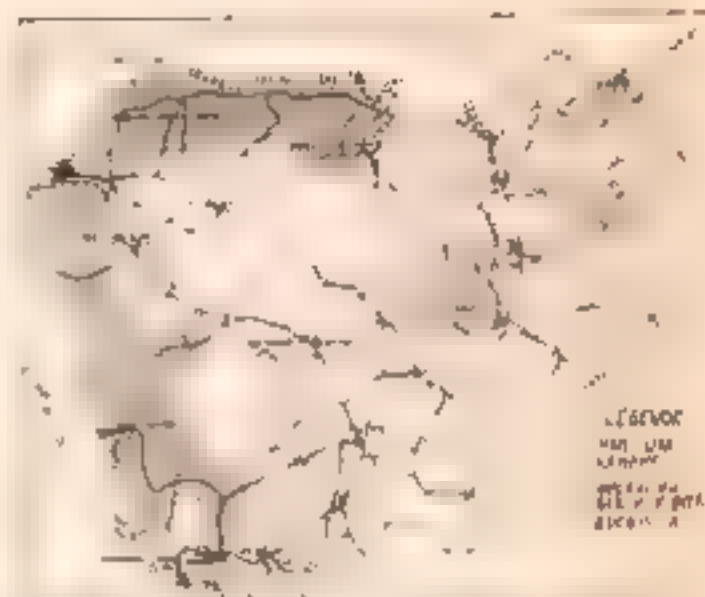
• Kampf des Volkes

.....7., die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist ein Kampf, der geführt wird für ein unabhängiges, demokratisches, friedliches, neutrales und blockfreies Kampuchea, in dem kein ausländischer Militarismus existiert.

.....8., die Kampucheanen haben die

.....9., auf der anderen Seite der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens.

Die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder in der Welt haben sehr deutlich die strategische Bedeutung des Demokratischen Kampuchea im Kampf gegen den Expansionismus erkannt. Unter anderem bezeugt durch die aufeinanderfolgenden Abstimmungen bei der 34. UN-Generalversammlung: Mit zwei Drittel Mehrheit für die Beibehaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea, einer fast neun Zehntel Mehrheit für die Annahme der Resolution 34/22 am 14. November 1979, worin gefordert wurde, daß die Hanoi's Behörden alle ihre Truppen aus Kampuchea zurückziehen sollen. Die Organisation der internationalen Konferenzen zur Mobilisierung humanitärer Hilfe für das kampucheanische Volk ist ein weiteres Beispiel solcher Unterstützung. In der letzten Zeit haben die ASEAN-Staaten zusammen mit den EG-Ländern, Regierungen von Ländern, die Frieden und Gerechtigkeit schätzen, politische Parteien, Massenorganisationen und den Völkern von fünf Erdteilen ein Wort der Expansion und Aggression der von den Hanoi's Behörden ausgeht, verurteilt. Keine weitere Hilfe mehr an sie geschickt und gefordert, daß entsprechend der UN-Resolution alle ihre Truppen aus Kampuchea zurückgezogen werden sollen.



.....10. Der Ministerrat hat auch festgestellt, daß beim Beginn der jetzigen Regenzeit die vietnamesische Le-Duan-Clique in Kampuchea festgefahren ist, daß sie zunehmende Schwierigkeiten sowohl im eigenen Land als auch im internationalen Bereich erlebt.

.....11., in Vietnam von der Quang-Binh-Provinz bis zum Tok Khmau (Lamau) Kap zunehmende Unsicherheit zu verzeichnen. Zur Zeit kämpft die Bevölkerung in vier

- in den Hochlandprovinzen, geführt durch die Dega-Fulro,
- im Mekong-Delta, das an die Provinz Takeo angrenzt,
- in der Region Hur,
- in der Region Saigon.....

9.

10. Zur Lösung des Kampuchea-Problem erinnert der Ministerrat die nationale und die internationale Öffentlichkeit an die Vorschläge, die die Regierung des Demokratischen Kampuchea bereits aufgeführt und veröffentlicht

- erstens Hanoi muß, in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 34/22, alle Truppen aus Kampuchea abziehen
- zweitens nach vollständigem Abzug der Truppen des Feindes wird das Kampuchea von der nationalen Regierung durch allgemeine, freie, direkte und geheime Wahl unter direkter Aufsicht des UN-Generalsekretärs oder seines Vertreters wählen...
- drittens was Vietnam und das vietnamesische Volk betrifft, hegen die Regierung und das Volk Kampuchea keinen Haß oder Groll; sie verlangen auch keine Entschädigung, vorausgesetzt, die vietnamesischen Truppen ziehen sich vollständig aus Kampuchea zurück.

.....11. Der Ministerrat ist überzeugt, daß alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder weiterhin und noch stärker als zuvor die Prinzipien der UN-Charta sowie die Regeln internationaler Beziehungen verteidigen, indem sie den gegenwärtig stattfindenden Kampf des kampucheanischen Volkes mit entschlossener Hilfe unterstützen, sodaß in Kampuchea die nationale Unabhängigkeit und das Recht des Volkes, selbst über sein Schicksal zu entscheiden, siegt, und daß Frieden, Stabilität und Sicherheit in Südostasien, Asien, dem Pazifik und der Welt gefestigt werden.

Demokratisches Kampuchea
7. Juni 1980

Amt des Ministerpräsidenten

POLEN - SONDERTeil

Jacek Kuron: ZUERST DIE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN

"Jacek Kuron, Anführer eines 'demokratischen Sozialismus' des KOR, Komitee zur sozialen Selbstverteidigung, welche 'kalten' Regime die wichtigsten Freiheiten abzurufen" ("Le Monde", 19.8. 980) Bereits 1968 wurde er verurteilt, weil er zusammen mit Karol Modzelewski gewagt hatte, innerhalb der polnischen KP ein Dokument zu verbreiten, welches die Korruption des Regimes aufdeckte, eines Regimes, das die Versprechungen von 1956 kaum erfüllt hatte. In einem noch vor dem Streik in Gdańsk (Danzig) geschriebenen Artikel - d.h. also auch noch vor der Bildung des überbetrieblichen Streikkomitees - analysiert er die möglichen Grenzen der Arbeiterbewegung sowie jene der Behörden und skizziert er die Zukunftspläne der demokratischen Opposition.



Eine Streikwelle brandet über Polen. Von einem Tag auf den anderen sind wir in eine Turbulenz geschleudert, die wir vielleicht nicht nehmen werden. Was sind die Besonderheiten dieser Situation? Was kann das Regime unternehmen? Was die Opposition?

Zum vierten Mal in der jüngeren Geschichte Polens zeigen sich die Arbeiter dazu fähig, das Entscheidungsmonopol von Partei und Staat zu erschüttern. Es ist doch das erste Mal, daß es weder Straßendemonstrationen noch Schlägereien mit Polizei oder Armee, noch Brandlegung an Lokalen von Parteikomitees gibt. Die Arbeiter formulieren ihre Forderungen in einem Streik, folgt auf den anderen. Dieser Art von Protest scheint der vom KOR vorgegebenen Parole zu entsprechen: "Bildet Komitees, anstatt sie anzukündigen". In seiner Erklärung vom 2. Juli rief das KOR die Arbeiter auf, sich in den Fabriken zu organisieren und alle solchen Aktionen zu vermeiden, die ein Zerschlagen des Regimes erleichtern würden. Jedoch auch diese Kampfform beinhaltet eine Menge Nachteile. Die Forderungen, welche je der streikenden Betriebschaft formuliert, bleiben gezwungenermaßen örtlich beschränkt auf das jeweilige Unternehmen, was die Solidarität zwischen den Aktionen der Arbeiter in anderen Betrieben schwächt. Darüber hinaus kommt es vor allem den stärksten zugute, d.h. den besser bezahlten. Die HSK-Metallarbeiter, deren Löhne 6-7.000 Zloty betragen, erreichen eine Erhöhung um 1.000 Zloty, während die Textilarbeiterinnen von Zyrardow, die ca. 3.000 im Monat verdienen, nur 120 mehr bekommen. Dazu kommt noch, daß die Erhöhungen nur eine beschleunigte Inflation bewirken, die vor allem die weniger wohlhabenden trifft - angefangen bei den Pensionisten. Weiters, nicht alle Streiks werden zustimmend aufgenommen: als das Stationspersonal in einem Lubliner Spitzentreike, war das für viele Leute ein Skandal. Aber was können die unterbezahl-

ten Frauen machen? Ihre Stellung aufgeben?

Die Wirtschaft des Landes ist in Auflösung. Nur eine gewaltige Anstrengung aller, begleitet von tiefgreifenden Reformen, kann sie retten. Das Steigen der Lebenspreise und damit die Verunsicherung der Arbeiter in der Maschinenindustrie war für die gegenwärtige Bewegung das Signal. Der tatsächliche Grund für diese Streikwelle liegt jedoch im offensichtlichen wirtschaftlichen Bankrott und im fehlenden Vertrauen in die Fähigkeit des Regimes, für wirksame Abhilfe zu sorgen. Aufgrund der bitteren Erfahrungen der Vergangenheit wagt es das Regime nicht, die Streiks mit Gewalt zu ersticken, noch die Streikenden anzugreifen. Daraus könnte man schließen, daß das Mittel des Streiks

effektiv ist. Jedoch im Herbst, wenn die Lohnerhöhungen von der Inflation aufgezehrt werden und die Versprechungen hinsichtlich einer besseren Fleischversorgung nicht eingehalten worden sind, werden die Streiks, selbst wenn sie jetzt beendigt würden, einen neuen Aufschwung nehmen. Die Mut der Arbeiter wird größer sein, und - wenn dies noch möglich ist - noch größer ihr Mißtrauen gegenüber dem Regime. Dieses wird der Entwicklung noch ohnmächtiger gegenüber stehen. Und mit größerer Wahrscheinlichkeit als heute wird eine der Parteien die Geduld verlieren.

Sicher, dies kann noch in diesem Sommer eintreten, oder es kann sich auch bis in den Winter hinziehen: soziale Prozesse lassen sich nicht mit der Stoppuhr in der Hand vorherbestimmen.

Man darf daraus nicht schließen, daß ich gegen die Streiks sei. Als Mitglied des Komitee zur sozialen Selbstverteidigung war ich an der Abfassung von Erklärungen beteiligt, die unsere völlige Solidarität mit den Streikenden zum Ausdruck brachten. Streiks sind notwendig.

Nur so werden die Arbeiter zur normalen Kraft. Die Tatsache selbst, daß eine Gruppe von Arbeitern Forderungen stellt und Besprechungen anstellt, wenn auch ohne Streikkomitee, stellt eine Weiche für gemeinsames Handeln dar, einen ersten Schritt in Richtung unabhängigen Werk-

Die Forderungen der Arbeiter in kleineren, Dreifabrik der Maschinenfabrik in Warschau und eine der Arbeiterkooperativen in Lublin haben Arbeiterkommissionen gewählt, die die bestehenden Einrichtungen beibehalten werden sollen. Das Streikkomitee der Eisenbahner von Lublin setzt seine Arbeit fort und berätet während der ersten Sitzung Betriebsrat vor, der Streik in

Die Forderungen der

Die Struktur der Forderungen der Arbeiter ist schon klar. Das verbindet, jedoch nicht das Auftreten politischer Forderungen. Sie können Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben. Beinahe alle Streikenden verlangen schriftliche Garantien auf Straffreiheit: vom Gesichtspunkt einer entlasteten Arbeiterbewegung ist dies eine Form des Kampfes um das Streikrecht. Im Prinzip verlangen die streikenden Gruppen in der Region Lublin und einige in anderen Regionen eine Erhöhung der Pensionen-

kräften und Polizei, welches vier- bis fünfmal so hoch ist. Eine derartige Forderung überschreitet die lokalen Grenzen: Sie zielt auf eine Änderung der Sozialpolitik ab und greift jene Privilegien an, auf denen sich das ganze System beruht. Die Arbeiter des Stahlwerkes Stalowa Wola verlangen die Rückzahlung ihrer Gewerkschaftsbeiträge. Die Eisenbahner von Lublin proklamieren die Auflösung des Betriebsrates und fordern Neuwahlen (siehe Streik am 19. August) stattfinden. (Fortsetzung auf Seite 14)



POLEN - SONDERTEIL

Fortsetzung von Seite 17

Jacek Kuron: Zuerst die Selbstverwaltung stärken

Man sieht, mit den Streiks entsteht der Organisationsprozeß der Arbeiter. Solange die Streikwelle anhält, verleiht der Wille zum Streik den Arbeitern eine beachtliche Kraft in unserem politischen Leben.

DIE SCHWÄCHE DES REGIMES

Unsere Regierungen haben lange gebraucht, um den Zustand wahrzunehmen, in den sie die Wirtschaft gebracht haben. Dabei ist es schon lange her, daß die oppositionellen Kräfte und einige der wichtigeren Fachleute Alarm geschlagen haben. Nun endlich scheint es, daß die Regierungen die Situation wenigstens zum Teil verstanden haben. Es wurde ein Sparprogramm herausgegeben, mit dem ich zu hoffen darf, daß die Realisierung die Rückzahlung der westlichen Kredite ermöglicht. Gleichzeitig die Gewährung neuer. Das Programm besteht in groben Zügen darin, die Importe radikal zu verringern, was ein erhebliches Sinken der Produktion, Entlassungen, Preissteigerungen und Lohnstopp zur Folge hätte. Der zweite Teil des Programms ist die Reduzierung der Ausgaben nach dem Beispiel der westlichen Länder. Zusammen. Die Regierung gibt nach, was ihr für den Augenblick erlaubt, die Katastrophe zu vertagen. Ihr Handlungsvermögen ist jedoch begrenzt. Sie kann natürlich weiter munter die Notenpresse betätigen, aber bei dieser Art von Lohnerhöhungen kann es passieren, daß die Regierungen weniger wirksam werden, die direkt gegen das Regime selbst gerichtet sind. Es verfügt bereits über keinerlei Trümper mehr:

1.) Es hat Polen in eine Krise versetzt, wo nicht nur jede Verbesserung ausgeschlossen ist, sondern ganz im Gegenteil, die Verschlechterung der Lebensbedingungen unausweichlich scheint;

2.) Es verfügt über keinerlei Autorität. Wir reden hier gar nicht über moralische Autorität. Eine solche haben die kommunistischen Machthaber nie, mit Ausnahme Gomulkas von 1956 und 1957, noch nie genossen. Jedoch das gegenwärtige Regime hat sich sogar als Verwaltung blamiert: Niemand hält es mehr für fähig, seine Funktionen zu erfüllen. Die Regierenden selbst scheinen sich dessen bewußt zu sein. Offene Anspielungen auf die Bedrohung durch eine sowjetische Intervention beweisen dies.

3.) Die mittleren und unteren Ebenen des Apparates sind empört über die Unfähigkeit ihrer Vorgesetzten, die Ordnung zu wahren. Über ihre Furcht vor den Massen und ihre Unentschlossenheit. Im Geiste der eisernen Faust erzogen, verlangt der Apparat, daß man die Rechnung mit der Gesellschaft begleicht. Es kann schnell eintreten, daß die Leitung, oder wenigstens ein Teil der Leitung, der ständigen Enttäuschungen überdrüssig, den Kopf verliert und seinen Wünschen nachgibt. In welcher Art auch immer sie vorgehen, die Revolte wird dann unvermeidlich und hat eine Tragödie von nationalen Ausmaßen zur Folge. Die Wirtschaftsfachleute, die Soziologen und die Techniker im Verhältnis zum "Establishment" verlangen schon seit Jahren tiefgehende wirtschaftliche Reformen, eine Dezentralisierung der Verwaltung und

eine Stärkung der Marktmechanismen. Zum gegenwärtigen Stand wurde eine solche Reform für zahlreiche soziale Gruppen ein Gewinn des Lebensstandards mit sich bringen. Um den aber zuzustimmen, müßten sie mit der Reform einverstanden sein. Die Technokraten, die sich dieser Bedingung bewußt sind, erwarten eine nationale Diskussion, in der derartige Diskussion verlangt vorher. Jedoch einige demokratische Reformen, wie die Meinungsfreiheit und die Organisationsfreiheit, um wenigstens Versammlungen durchzuführen.

Für die führenden Kräfte Polens gibt es kaum einen anderen Weg. Die Polen haben ihre Fähigkeit Opfer zu bringen, wenn sie dies als eine für das Allgemeinwohl notwendige Sache halten, oft unter Beweis gestellt. Die Regierungen haben ihr Vertrauen jedoch zu oft mißbraucht, sie haben sie zu sehr belogen und zu sehr betrogen. Genau aus diesem Grund befürchten die Regierenden jetzt, daß sie, wenn sie den Weg der Demokratisierung einschlagen, Kräfte freisetzen könnten, die sie dann nicht mehr bändigen können. Ohne jeden Zweifel, der zu setzende Schritt ist relevant, wenn sie es jedoch nicht wagen, können die Folgen - von ihrem Standpunkt aus - noch schmerzhafter sein. Der Tag wird kommen, an dem die Arbeiter sich mit formellen Zugeständnissen nicht mehr zufrieden gegen werden, an diesem Tag ist ein Aufstand in großem Maßstab nicht mehr zu vermeiden.

Wagt das Regime das Risiko einer Demokratisierung? Ich befürchte nein. Seit Volkapolen existiert hat es auf allen Ebenen der Hierarchie nur die Vorsicht zu belohnen gewußt. Alle jene, die irgendein Risiko auf sich genommen haben, eine mutige Entscheidung getroffen haben, alle jene, die sich für ein Programm von gleich welchen Reformen oder für die Ablösung des Regimes durch ein anderes ausgesprochen haben, zogen unversehens den Kürzel. Auf der Arbeitsebene drängen die Revisionisten und Dogmatiker, Liberale und Funktionalisten mit der eisernen Faust, Kosmopoliten und Nationalisten. Sie behaupten haben nur jene, die es zustande gebracht haben, eine neue Position zu beziehen, nie eine Entscheidung zu treffen, die ein Risiko einzugehen.

DIE ROLLE DER OPPOSITION

Ich halte sie nicht für fähig, ein befriedigendes Reformprogramm für die Gesellschaft vorzulegen. Bingegeben bin ich überzeugt, daß die Polen es bei gegenwärtigen Umständen die Krise lösen können und den Weg der Demokratisierung einschlagen. Die Opposition muß der Initiator einer solchen Bewegung sein. Wir verfügen über einen bestimmten Einfluß unter den Arbeitern und können diesen ausdehnen, wenn sie den nötigen Hilfe, Informationen und Vorschläge. Es ist unsere Pflicht dazu beizutragen, daß sich die Arbeiter in unabhängigen institutionellen Gruppen, Arbeiterkommissionen oder Gewerkschaften organisieren, oder dazu, daß sie sich der Staatsgewalt bemächtigen, wie dies die Eisenbahner von Lublin vielfach bereits tun. Es gibt in Polen ein Netz von Werkszeitungen mit schwacher Auflage. Daraus

müssen unabhängige Arbeiterzeitungen werden. Wenn sie eine Abgeltung für die Steigerung der Lebenshaltungskosten fordern, sind die Arbeiter gezwungen sich zu organisieren und zu unterhandeln; und die Behörden sind gezwungen nachzugeben. Zur Verteidigung ihrer Position ist es wichtig, die Sache bis zur Zulassung einer nationalen Diskussion über wirtschaftsfragen weiterzuführen. Ob sie sich nun entscheiden, ein Programm für wirtschaftliche oder für andere Forderungen vorzuschlagen - die demokratischen oppositionellen Kräfte müssen ein Programm als Element eines viel weitreichenderen Demokratisierungsprogramms vorschlagen. Außerdem Ausdrucksformen der Bewegungen der Bauern und der unabhängigen Arbeiter (es nehmen, die Gruppen von Fachleuten, die eine Plattform für wissenschaftliche Kurse und alle anderen unabhängigen Institutionen. Es entsteht ein klarer, sozialer Widerstand gegen die Regierenden. Die Dinge Opfer verlangt. Ich würde nicht sagen nicht: Der Preis kann nicht für eine Volksbefragung festgelegt werden. Sich gegen die Preissteigerungen erheben verursacht das Funktionieren der Wirtschaft einen Schlag, wobei man natürlich zugestehen, daß jemand Schaden erleidet. Vielmehr müssen sie die Ergebnisse von vorherigen Verhandlungen sein (insbesondere wenn der Lebensstandard sinkt). Die Hauptaufgabe der demokratischen Opposition besteht jedoch darin, wirtschaftliche Forderungen in politische umzuwandeln.

Die Sowjetunion und ihre Armeen bestehen weiter, und wir müssen dies berücksichtigen. Wir können jedoch annehmen, daß die Regierenden nicht auf das Abenteuer einlassen werden, militärisch in Polen zu intervenieren, solange die Polen nicht ein Gegenüber der UdSSR gefügiges Regime stützen. Folglich nehmen wir vorerhand davon Abstand. Das gegenwärtige Programm beinhaltet eine demokratische Bewegung, die in Berufsverbänden oder Körpern, die unter wirtschaftlicher und lokaler Selbstverwaltung organisiert ist. Wir müssen wohl eine gewisse Zeitlang mit unserem totalitären Staatsapparat und der Parteikoexistieren. Er wird alles Mögliche unternehmen, um unsere demokratischen Organisationen zu zerstören. Er wird ihre Entscheidungen sabotieren, ihre Aktivitäten kompromittieren und korrumpieren, er arbeitet mit Einschüchterung und Erpressung. Wir müssen uns verteidigen und Stück für Stück von dem Terrain erobern, welches heute vom Apparat besetzt ist. In anderen Worten, die Selbstverwaltungsorgane haben immer umfangreichere Aufgaben zu erfüllen. Wir können ihnen nachkommen, wenn der Wille zum Handeln von Seiten der gesamten Gesellschaft vorhanden ist.

Nun, das ist die Wende, an der wir uns befinden. Vielleicht übersteigt sie unsere Kräfte. Unsere Zeit ist mehr als knapp. Wenn die Polen sich nicht organisieren und bei den rein ökonomischen Forderungen stehenbleiben, kann eine Katastrophe unausweichlich werden.

(eigene Übersetzung aus "Le Monde", 20.8.1980)

POLEN - SONDERTEIL

Wir geben hier eine kurze Zusammenstellung der uns bekannten Oppositionsgruppen in Polen. Nicht berücksichtigt sind dabei Gruppierungen in der herrschenden PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), wie etwa der Klub "Erfahrung und Fortschritt", der im Herbst 1978 gegründet wurde. Der offene Widerspruch zu den Interessen der polnischen Arbeiter und Bauern, in den die PVAP mit ihrer Untwürdigkeit unter die Politik der sowjetischen Supermacht geraten ist, bringt auch innerhalb der Partei Richtungskämpfe, die Forderung nach Wirtschaftsreformen usw. hervor.

Bei der folgenden Zusammenstellung handelt es sich um von der Partei unabhängige Organisationen aus verschiedenen Teilen des polnischen Volkes.

WIE IST DIE OPPOSITIONSBEWEGUNG IN POLEN ORGANISIERT ?

KOR (KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER ARBEITER). Das KOR wurde im September 1976 gegründet. Ziel dieses Komitees war, die Unterstützung für die verhafteten Arbeiter der Streiks und Aufstände in Ursus und Radom vom Juni 1976 zu organisieren. Im ersten öffentlichen Aufruf von KOR hieß es:

"Die Opfer der gegenwärtigen Repressalien können auf keinerlei Hilfe oder Schutz von den dazu berufenen Institutionen hoffen, wie zum Beispiel von den Gewerkschaften, deren Rolle kläglich ist. Die Agenten der Staatssicherheit, die in diesen Umständen agieren, haben die Rolle der Gesellschaft übernommen, in deren Interesse die Verfolgten gehandelt haben. Die Gesellschaft hat nämlich keine andere Methode, sich vor Gesetzlosigkeit zu schützen, als Solidarität und gegenseitige Hilfe... Unverzichtbar ist juristische, finanzielle, ärztliche Hilfe. Ebenso wichtig ist eine volle Information über die Verfolgungen. Wir sind überzeugt, daß nur die öffentliche Darstellung der von den Behörden ergriffenen Maßnahmen eine wirkliche Verteidigung bieten kann. Die gegen die Arbeiter gerichteten Repressalien kasten die Grundrechte des Menschen an, die sowohl im internationalen Recht als auch in der polnischen Gesetzgebung gelten: das Recht auf Arbeit, das Recht zu offener Anerkennung der eigenen Überzeugung, das Recht zur Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen..." (zitiert nach "Archiv der Gegenwart", 3.4.1980).

Das Komitee, das in erster Linie aus Wissenschaftlern, Journalisten, Schriftstellern besteht, benannte sich nach Entlassung der verhafteten Arbeiter bzw. Nachlassen der Repressalien in KSS (Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung) um weiterhin sammeln es Informationen über politische, rassische und religiöse Diskriminierung von Polen, über Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte. Opfern bürokratischer Willkür des Staatsapparates gibt das Komitee moralische Unterstützung und Rechtsbeistand.

In einem eigenen Verlag erscheint seit Anfang 1977 die Zeitung "Robotnik" (Arbeiter). Diese Zeitung ist gedacht als Tribüne für die polnische Arbeiterschaft, für den Kampf gegen die Arbeitergesetzgebung und für die Selbst-

ständigkeit der Gewerkschaften. Laut "Frankfurter Allgemeine Zeitung" veröffentlichte "Robotnik" im September 1979 eine von 61 Personen unterzeichnete "Charta der Arbeiterrechte". Die Charta enthält Forderungen nach Tarifvertragskämpfen, nach Nivellierung unbegründeter Lohnunterschiede, Beseitigung von Zwangsüberstunden, Abschaffung von Nacharbeit bei Frauen und eine grundlegende Reform des Arbeitsrechtes. Gefordert wird auch die gesetzliche Garantie des Streikrechtes, öffentliche Grundstücke bei der Vergabe von Präzedenz, Wohnungen und anderen Gütern, Beseitigung von Privilegien der mit dem Staatsapparat verbundenen Gruppen wie Polizei und Parteifunktionäre. Als Methoden zur Durchsetzung dieser Forderungen werden empfohlen, von den Betriebsräten die Verteidigung der Interessen der Arbeiter zu fordern, unabhängige Organisationen auszusuchen zu bilden und kleinere Streiks zu veranstalten. Fernziel für die Bildung eines Systems unabhängiger Gewerkschaften.

KOR fordert weitgehende politisch-gesellschaftliche Änderungen in Polen, vor allem Freiheit der Organisation für die Arbeiterklasse, unabhängig von Partei und Staatsgewerkschaft. Es vertritt nicht antikomunistische Positionen, sondern stellt seine Forderungen auf sozialistischer Grundlage. Öffentlichkeitssprecher des KOR war bis zu seiner Verhaftung vor zwei Wochen Jacek Kuron.

KONFÖDERATION DES UNABHÄNGIGEN POLEN. Sie gibt - ebenfalls in einem eigenen Verlag - die Zeitschrift "Opinia" heraus. Leiter dieser Gruppe ist der Historiker Leszek Moczulski. In einem "Profil" Interview formuliert er als Ziel der gegenwärtigen Streikbewegung die Abschaffung der Zensur, und vor allem auch die Möglichkeit, in allen Betrieben unabhängige Betriebsräte einzusetzen. Im Endeffekt soll die Bewegung zu einem Netz unabhängiger Gewerkschaften hinführen.

An grundlegenden gesellschafts-politischen Vorstellungen nennt Moczulski: "Unser Hauptziel ist ein unabhängiges Polen. Im Gegensatz zu den beiden anderen Oppositionsgruppen (KOR, Opposition innerhalb der PVAP) lehnen wir den Kommunismus kategorisch ab. Kommunismus ist polnischer Tradition, Mentalität und Interessen fremd und feindlich. Die kommunistische Partei Polens als Instrument der sowjetischen Herrschaft

wird von uns bekämpft. Wir wollen allerdings unser Ziel nicht gewaltsam mit Hilfe einer Revolution oder eines Aufstandes erreichen, sondern sind für eine 'Revolution ohne Revolution'. Das heißt, wir arbeiten ruhig und stufenweise, um unser Ziel zu erreichen." ("Profil", 18.8.1980)

KOMITEE FREIER GEWERKSCHAFTEN. Dieses Komitee gründete sich an der Ostseeküste im Frühjahr 1978. In seiner ersten Veröffentlichung heißt es: "Bingedenk der tragischen Ereignisse im Dezember 1970, aufbauend auf den Erwartungen zahlreicher Gruppen und Zentren in der Bevölkerung der Ostseeküste, nehmen wir die schlesische Initiative zur Bildung freier Gewerkschaften auf. Ziel der Freien Gewerkschaften ist es, die Verteidigung der ökonomischen, rechtlichen und humanitären Interessen der Werktätigen zu organisieren. Die Freien Gewerkschaften deklarieren Schutz und Obhut allen Arbeitenden, ohne Unterschied der Überzeugung und Qualifikation." (zit. nach "Klassenkampf" 17/1978)

KOMITEES FÜR DIE SELBSTVERTEIDIGUNG DER BAUERN. Sie entstanden 1978 in den Bezirken Lublin, Grojec und Rzeszów. Das sind weitgehend die Zentren der polnischen Bauernbewegung. Die Komitees unterstützen die Bauern, die die Zahlung der Zwangsbeiträge zur Verrichtung von Vorkultur und verlangen das Recht auf selbständige Vertretung gegenüber den obersten Behörden. Im Frühjahr 1979 haben fünf dieser bäuerlichen Vereinigungen gemeinsam mit erdrechtlichen Oppositionsgruppen eine "Bauer-Universität" gegründet. Themen des ersten Seminars dieser Universität waren z.B. "Bauernkultur und Nationalkultur", "Die Erfahrungen der Bauernbewegung zur Selbstverteidigung", "Die Möglichkeit unabhängiger Aktionen im Lichte der internationalen Situation", "Die Geschichte der Gesetzgebung für landwirtschaftliche Kooperativen", "Das Handeln der Landarbeitergewerkschaft in Vergangenheit und Gegenwart" und "Die Verwirklichung der Konventionen über die Menschenrechte in Polen und die Aktivitäten des KOR". ("Süddeutsche Zeitung", 23.2.1979; "Klassenkampf" 17/1979)

Zur Abrundung dieses Bildes weisen wir auch noch auf die Kirche hin, die in der polnischen Arbeiterschaft einen breiten Einfluß hat. So haben etwa die Arbeiter des modernen Stahlwerkes Nova Huda bei Katowice durchgesetzt, daß in ihrer Siedlung eine Kirche mit 6.000 Sitzplätzen errichtet wird. Der Staatsapparat wollte diesen Bau vorerst verhindern. Kardinal Wyszynski trat wiederholt für die Interessen der Werktätigen ein und betont in seinen Predigten immer wieder die Berechtigung der Arbeiter zur Verteidigung ihrer persönlichen und sozialen Rechte. Aber letztlich liegen der Kirche doch die sozialen und politischen Interessen der Arbeiter weniger am Herzen als die persönlichen, die die Kirche bekanntlich lieber auf das ewige Leben im Himmel als auf Freiheit und Demokratie auf Erden anstellt. In diesem Sinn bietet die Kirche dem Staatsapparat auch immer Zusammenarbeit an, indem sie "Mitsprechenden Einfluß" auf streikende Arbeiter auszuüben sucht - und sie ließ auch bereits jetzt wieder zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden aufrufen. Dafür erhofft sie sich genügend Papier und wenig Zensur für die freie katholische Presse und mehr Genehmigungen für den Bau von Kirchen.

POLEN - SONDERTEIL

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG POLENS DER

INDUSTRIE

Polen ist nicht arm und nicht unterentwickelt. Im Gegenteil - Polen steht heute an 10. Stelle unter den Industrieländern der Welt, an 9. Stelle der Weltstahl- und Zementproduktion, an 10. Stelle der Energie- und an 12. Stelle der PKW-Produktion. Das Problem ist also nicht etwa die rückständige Produktivkraft, die die Versorgung und Ernährung der Bevölkerung besonders erschweren würde. Das Problem ist, daß die Produktivkraft Polens nicht dem Wohlstand und der Entwicklung des eigenen Landes und dem verkünftigen polnischen Volk dient.

Nachdem Giersek im Zuge der Arbeiterkämpfe 1970 an die Macht kam, versprach er mit groß angelegten Produktions- und Außenhandelsplänen volle Freiheit. In der ersten Hälfte der 70er Jahre stiegen die Importe um durchschnittliche 10%, die Anlageinvestitionen sogar um 18,4%. Industrieller Aufbau und Außenhandel wurden von Beginn an im Rahmen des "Komplexprogramms" des RW abgehandelt. Das Komplexprogramm ist im offiziellen Handbuch, "Volkrepublik Polen"/Warschau 1976, leicht zu finden. "Zu einer historischen Wende ist die Entwicklung des Komplexprogramms der sozialistischen 'ökonomischen Integration' geworden, die 1971 auf der 15. Nationalversammlung beschlossen worden ist. Die 7 Aufgaben der Integration sind solche Formen an wie die Koordination der Volkswirtschaftspläne, Kooperation und Spezialisierung der Produktion, Warenaustausch, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Beteiligung am Bau von Wirtschaftsobjekten und gemeinsame Nutzung der Naturerichtümer. Ein Ergebnis der Koordination der Pläne sind die Empfehlungen des RW hinsichtlich der Spezialisierung (z.B. Ausbau der Werftindustrie in Polen)".

Tatsächlich wurden seit Gierseks Machtantritt in den polnischen Werften an der Ostseeküste mehr als 1000 Schiffe gebaut als in allen anderen RW-Ländern zusammen. 1971-1975 waren es jährlich rund 100 Schiffe, darunter auch solche mit mehr als 1000 t. Polens eigene Handelsflotte besteht aber aus 1000 t. Der Großteil der Schiffsneubauten mußte exportiert werden. Der "große Bruder" in Moskau reservierte gleich die Hälfte der polnischen Schiffsausfuhr, und das zu Preisen, die weit unter denen beim Export in andere Länder lagen. Die eigenen sowjetischen Werften waren in den 70er Jahren vorwiegend mit den Bau von Kriegsschiffen beschäftigt. An Fahrzeugen baut Polen rund ein Fünftel der Weltproduktion, die polnische Fischereiflotte selbst steht aber nur an 18. Stelle der Welt und konnte (zumindest bis 1975) den eigenen Fischbedarf nur zu drei Fünfteln decken (vgl. H. Roon, Geschichte der polnischen Nation 1918-1978, Stuttgart 1979, S. 306).

Ein weiterer Aspekt der "Komplexprogramme" des RW sind die integrierten Roh- und Brennstoffprogramme. Diese funktionieren so, daß wichtige sowjetische Energieprogramme als Angelegenheiten des ganzen RW behandelt werden, so etwa die Ölpipeline "Freundschaft", die Gasleitung "Nordlicht" und "Sojus" und das Energie-

verbindungssystem. Die internationale Arbeitsteilung funktioniert, zeigt der Bau der Gaspipeline "Sojus". Der gesamte Bau der 2.730 km langen Leitung von Orenburg (Sibirien) bis zur Westgrenze der UdSSR wird von der DDR, Polen, CSSR, Ungarn und Bulgarien durchgeführt. Mit deren Kapital, Ausrüstungen und Arbeitskräften. Die Sowjetunion selbst hat nur die Projektierungsarbeiten durchgeführt. Die Pipeline liefert jährlich 15,5 Mrd. m³ Gas in die RW-Länder. Der Sowjetunion ist diese Pipeline ohne eine einzige Kopeke

"zugewachsen" in einem gigantischen Ausbeutungsprozeß von Kapital und Arbeitskraft der "Bruderländer". Die Preise, die die RW-Länder für die Energieimporte aus der Sowjetunion zahlen, liegen zwar heute noch unter den Weltmarktpreisen, bei 10 bis 20%. Andererseits nutzt die Sowjetunion aber den Weltmarktpreis, der durch die imperialistischen Konzerne gebildet wird, um auch im RW die Preise laufend zu erhöhen. 1975 gab es Ölpreiserhöhungen um 85%, 1976 um 28% und 1977 um 25%.

Die polnische Energiewirtschaft selbst

Wirtschaftliche Beziehungen Österreich - Polen

Mitte der 70er Jahre setzte ein Exportboom der westeuropäischen Kapitale in die Ostblockstaaten ein. Österreich war in dieser Frage ein Vorreiter der westlichen Welt. In der letzten Zeit verliert aber der Warenexport in den Osten relativ an Bedeutung. Der Kapitalexport hingegen blüht ungehemmt.

Das Hauptziel der österreichischen Konzerne und Banken bildet dabei Polen. Im Herbst 1975 wurden bedeutende Verträge mit Polen abgeschlossen. Der Export von Eisen, Kohle und VVA einerseits sowie auf seinen Polens mit dem Eisen, Kohle und VVA andererseits. Der Vertragswert beträgt 5,3 Mrd. Schilling, die zu beträchtlichen Teilen von österreichischen Banken dem polnischen Staat vorgeschossen worden sind. Importiert werden Kohle, Koksauf sowie Bau- und Qualitätsstähle aus Polen. Der Vertrag läuft bis 1984.

Zur gleichen Zeit wurde ausgehandelt, daß die Steyr-Werke Know How und Schwermetalle an Polen liefern. Der Vertragswert beträgt 2,95 Mrd. Auf Grundlage dieses Vertrages wird Polen ein neues Werk für LKW in Wolginsko (nahe Warschau) sowie einen starken Ausbau des LKW-Werkes Jelcz vornehmen. Die Laufzeit dieses Abkommens beträgt 15 Jahre (bis 1990). Der Vertrag war das bedeutendste Außenhandelsgeschäft seit 1945.

1979 wurden neue Verträge mit Polen anlässlich des Kreisky-Besuches in Warschau vereinbart: 1. Vertrag über polnische Lieferung von 1,2 bis 1,7 Mio. Tonnen Kohle. Der Vertrag läuft ab 1984 und hat eine Laufzeit von 20 Jahren (bis 2004). Die Kohle soll etwa 1,2 Mrd. Dollar kosten. 4,4 Mrd. Schilling davon sollen im Voraus als Anzahlung geleistet werden. Diese etwa 300 Mio. Dollar werden nach einem Regierungsbescheid, der im Herbst vom Parlament beschlossen wurde, durch den österreichischen Staat verpfändet werden. 2. Finanzierung der Errichtung eines 1.000 MW-Großkohlekraftwerkes in Polen. Die dazu benötigte Energie ist nicht für Polen, sondern für die finanzierenden Länder bestimmt. Österreich sucht zur Finanzierung noch andere westeuropäische Interessenten.

3. Ein zusätzlicher 7 Milliarden-Kredit für Polen, der dem Land den Ankauf von Anlagen und Maschinen ermöglichen soll. 4. Stromlieferungen aus der CSSR, die diese wiederum aus Polen bezieht (400 Mio. kW).

POLEN, DAS HÖCHSTVERSCHULDETE OSTBLOCKLAND

Die Ostblockländer stehen in Österreich mit 60 Mrd. Schilling in der Kreide. Allein die Bankkredite machten 1979 schon 45 Mrd. Schilling aus. Polen allein hat daran einen Anteil von 16,3 Mrd. 5 an Bankkrediten. Österreich ist somit der größte Kreditgeber an Ostländer. Das Auffälligste an den Krediten ist, daß ein weit überdurchschnittlicher Anteil an "freien Krediten" (nicht an Importe aus Österreich gebunden) an Polen besteht. Besonders mit 1975 blüht der Kapitalexport in den Osten: Der Prozentsatz an den gesamten West-Forderungen stieg von 1973-1978 von 5,5 auf 8%. Der Warenexport hat zur gleichen Zeit stagniert. Bis 1984 sollen die Kredite an Polen auf 25 Mrd. 5 anwachsen werden.

DIEFÜR DIE KREDITE DEM NATIONALEN UND SOZIALEN SELBSTBESTIMMUNGSGRECHT DER POLNISCHEN ARBEITER

Grob betrachtet liefert Polen an Österreich

Energie und bekommt dafür Anlagen. Was passiert mit diesen? Bleiben wir beim Bau der LKW-Werke: Polen ist der neungrößte LKW-Produzent der Welt; der 11. Fahrzeugbauer überhaupt. Es ist also nicht anzunehmen, daß Polen die neuen Werke für den Eigenbedarf benötigt. Polen ist die Fahrzeugsmiede des RW. Die schweren LKW werden direkt oder indirekt an die Sowjetunion weitergeliefert. Polen bezahlt aber diese Werke mit Energielieferungen. Die polnische Wirtschaft leidet hingegen am drückenden Energiemangel. Dieser Mangel wird noch drückender werden, da die Sowjetunion ankündigte, die Erdölexporte nach Polen zumindest einzufrieren wenn nicht gar abzubauen.

Die Lage des polnischen Volkes wird also über solche Kredite keineswegs verbessert. Die zerrüttete polnische Wirtschaft wird dadurch auch keineswegs ihren Weg aus der Krise finden. Ein Ausweg wird erst möglich sein, wenn das polnische Volk die Abhängigkeit von den Russen abschüttelt und die Wirtschaft auf die eigenen Bedürfnisse ausrichtet. Insofern bekommt die Forderung der streikenden Arbeiter Polens eine entscheidende Bedeutung: Exporte ausschließlich aus Überschüssen!

POLEN - SONDERTEIL

UNTER DEM DRUCK DER "BRÜDERLICHEN HILFE" SOZIALIMPERIALISTEN

liegt im argen. Schon im Winter 1976/77 wurden den Familien die Kohlezuteilungen rationiert, und zumindest auch im Winter 1978/79 mangelte es an Heizmaterial. Die Kohleproduktion des Landes, knapp 200 Mio. Tonnen, ging bereits 1976 zu 25% in den Export; der Exportanteil wurde seither noch gesteigert, weil damit die notwendigen Devisen für Importe und Schuldendrückzahlungen ins Land gebracht werden können.

LANDWIRTSCHAFT

Im Industrieland Polen arbeitet die Landwirtschaft auf äußerst rückständiger Grundlage. 30% der Bevölkerung leben in Polen noch von der Landwirtschaft. 1977 verfügten die ca. 3,1 Millionen privaten Bauernhöfe über ca. 166 Mio. ha (oder über etwa 76,6%) des landwirtschaftlichen Nutzlandes. Die Zahl der kleinsten Bauernhöfe (unter 2 ha) stieg 1970 bis 1977 von 26,9% aller Wirtschaften auf 30% an. Die mittelbäuerlichen Höfe (zwischen 2 und 10 ha) blieben etwa gleich, lediglich die Zahl der größeren Höfe stieg von 12,6% im Jahre 1970 auf 13,6% aller im Jahre 1977 gering an. Im Durchschnitt besaß ein privater Bauernhof 1977 nur 4,7 ha, konnte also nach westeuropäischen Begriffen seinen Besitzer nicht ernähren (vgl. H. Ross, a.a.O., S. 309).

Die polnische Landwirtschaft verfügte 1975 über 21.000 Mähdräpser und 6.000 Melkmaschinen. 1977 gab es einen Traktor auf 31 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Wichtigstes Transport- und Zugmittel ist noch immer das Pferd, das einerseits viel Futter und damit Anbaufläche verbraucht. An diesem Zustand, den schon Gomułka in den 60er Jahren mit dem Ausspruch beklagte, "eines Tages wird noch ganz Polen im Magen der Pferde verschwinden", hat sich bis heute nicht geändert. Kunstdünger wird zugeteilt, und zwar nach der Menge der abgelieferten Bodenfrüchte oder - nach dem Grad der Bestockung.

Die Landwirtschaft ist Stiefkind der staatlichen Investitionspolitik. Bis 1975 fiel angesichts der RGW-Investitionsprojekte kaum etwas für diesen grundlegenden Konsumgüterzweig der Wirtschaft ab. Erst seither stieg der Anteil auf rund 20% der Gesamtinvestitionen. Davon fielen allerdings vier Fünftel auf die staatliche Landwirtschaft, die nur über 18% des nutzbaren Bodens verfügt.

Traditioneller Weise produzierte die polnische Landwirtschaft Überschüsse bei Fleisch, Zucker, Milch, Butter und Eiern. 1975/76 ging der Viehbestand jedoch aufgrund mangelnder Futtermittel zurück. Seither tätigt die Regierung massive Getreideimporte, um den Viehbestand aufzustocken. Das Fleisch braucht die Regierung für den devisenbringenden Export; und außerdem - Polen sollte Fleischlieferant für die Olympischen Spiele in Moskau werden.

Der Niedergang der polnischen Landwirtschaft kann auch an der österreichischen Exportstruktur gegenüber Polen abgelesen werden. Importierte Österreich bis 1975 mehr Lebensmittel als es nach Polen exportierte, hat sich mittlerweile dieses Verhältnis umgekehrt.

Das Problem der unproduktiven landwirtschaftlichen Kleinproduktion versuchte Giersek gar nicht erst durch staatlich un-

terstützte Kollektivierungs-, Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen zu bewältigen. Die Einzelbetriebe werden statt dessen über ein System langfristiger Lieferverträge mit dem Staat "verbunden". Praktisch heißt das: Konzentration des Bodens, so weit wie die Arbeitskraft einer Familie ihn bearbeiten kann, Vernichtung einer Masse von kleinen Bauern (die oben angeführten Kleinhöfe werden fast ausschließlich nur von Frauen bewirtschaftet, während der Mann zum "Arbeiter-Bauern" verwandelt wird, also zum "Sehenerverba-landwirt" im österreichischen Jargon des kapitalistischen Bauernlegens).

Seit 1976 wird der Zusammenschluß von mindestens drei Bauern zum Zweck der Produktionspezialisierung gefördert. Nur wenn sie langfristige Lieferverträge für bestimmte Produkte eingehen und diese auch einhalten, ist die Belieferung mit Investitionsmitteln und Baumaterial einigermaßen gesichert. Die Bauern werden in individuelle Heimarbeiter verwandelt, das ist das Wesen dieser Politik. "Die zeitraubenden Produktionsphasen der Tierzucht werden der individuellen Landwirtschaft übergeben, wo Arbeitskraftreserven bestehen...", kommentiert "Osteuropa" (Wirtschaft), 1977, diese Politik für den Bereich der Ferkelaufzucht.

NEOKOLONIALE ABHÄNGIGKEIT - DISPROPORTIONALITÄT DER VOLKSWIRTSCHAFT, VERSCHULDUNG

Die neokolonialen Beziehungen der Sowjetunion gegenüber Polen haben im Land um 1975/76 zu schwerwiegenden Disproportionalitäten der Volkswirtschaft geführt und haben auch die massive Verschuldung des Landes infolge der überzogenen Importe von Technologien und Fertigwaren mit sich gebracht.

Im Dezember 1976 postulierte die PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) unter dem Druck der Streiks eine Änderung der Wirtschaftsstrategie: Umverteilung der Investitionen zugunsten des Konsums, Verminderung der Investitionsrate von damals 28%. Es blieb aber beim Postulat.

Schon im Jänner 1978 wollte der polnische Ministerpräsident Jaroszewicz zu einem vorher nicht angekündigten Arbeitsbesuch in Moskau. Die polnische Parteizeitung "Trybuna Ludu" schrieb damals, daß die Zusammenarbeit im Bereich der Roh- und Brennstoffe, der Versorgung der Produktion mit Materialien sowie Fragen der Zusammenarbeit in der Verarbeitungsindustrie gegenwärtig Gegenstand besonderer Interessen beider Länder seien, vor allem auch im Hinblick auf die von beiden Seiten verfolgte Politik der ständigen Hebung des Lebensstandards. Die "Neue Zürcher Zeitung" kommentierte den Besuch Jaroszewicz' deutlich: Die in Polen notwendig gewordene drastische Umstellung der Wirtschaftsstrategie zugunsten der Landwirtschaft und der Konsumwaren zu Lasten der Investitionen tangiert das Koordinationskonzept der aktuellen 5-Jahr-Pläne in einem solchen Ausmaß, insbesondere hinsichtlich bisheriger Lieferverpflichtungen an die UdSSR, daß eine Zustimmung vor allem Moskaus zu diesen Plänen unumgänglich ist (vgl. Archiv der Gegenwart, 2./3. Mai 1978).

Nun, die Zustimmung der sozialimperialistischen Oberherren dürfte ausgeblieben sein.

Im März 1979 stieg dagegen Giersek bei einem Moskau-Besuch einer dritten Phase der Integration Polens in den RGW zu. Es geht dabei um die Beteiligung am Ausbau Sibiriens mit Kapital, Maschinen und Ausrüstung und mit Arbeitskraftkontingenten. Zweifellos binden diese Beteiligungen beträchtliche produktive Kapazitäten Polens und verhindern Umstellungen im Bereich der eigenen Volkswirtschaft.

Die vorhergehende zweite Phase der Integration betraf den Bau eines Riesenstahlwerkes in der Nähe von Katowice, Nova Huta, dessen Produktion nahezu zur Gänze für die UdSSR bestimmt ist. 1976 wurde auch der Bau einer Eisenbahnlinie von diesem Stahlwerk zum sowjetischen Grensort Hrubieszow beschlossen. Diese Eisenbahnlinie wird in sowjetischer Breitspur-Bauweise errichtet und dient laut dem bilateralen Abkommen "zum Transport von Eisenerz aus der UdSSR nach Polen und von in Polen hergestellten Gütern in die UdSSR".

Wenige Monate später kommentierte die "Neue Zürcher Zeitung" anlässlich des traditionellen Erntebesuches Gierseks bei Breschnew die Gesamtlage der sowjetisch-polnischen Beziehungen so: "Im Ganzen gesehen ist er (Breschnew) mit Giersek besser gefahren als mit seinem Vorgänger Gomułka. So weigerte sich Gomułka z.B., eine breitspurige sowjetische Eisenbahn in Polen zu bauen, Giersek hat aber nach anfänglichen Widerständen dem Moskauer Verlangen zugestimmt. Breschnew ist es auch gelungen, den polnischen Parteichef zu überreden, in Oberschlesien das große Stahlwerk 'Huta Katowice' zu bauen, das hauptsächlich für die sowjetische Rüstung arbeiten soll. Dadurch hat die Wohnbaupolitik Gierseks Rückschläge erlitten, Baumaterial und Fachkräfte mußten dorthin dirigiert werden. Giersek hat neuerdings auch den großen Engagement Polens bei den Entwicklungsprojekten der Sowjetunion diesseits und jenseits vom Ural zugestimmt. Polnische Staatskonzerne wie etwa 'Energopol', das schon früher Öl- und Erdgasleitungen gebaut hat, werden fast ausschließlich für die Sowjetunion arbeiten müssen. Warschau hat sich ferner verpflichtet, an mehreren sowjetischen Investitionsvorhaben mit Geld, Maschinen und Arbeitskräften mitzuwirken. Vieles darüber wird der polnischen Öffentlichkeit verheimlicht..." (zit. nach "Archiv der Gegenwart", 4.B. 1979).

Es steht außer Zweifel, daß keine politische Kraft in Polen wirtschaftliche und soziale Änderungen und Verbesserungen durchführen kann, ohne das Land aus der neokolonialen Abhängigkeit von der sowjetischen Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen. Eine Reihe von Forderungen des überbetrieblichen Streikkomitees der Werftarbeiter weisen in diese Richtung. Gleichzeitig brauchen die Arbeiter die geforderten politischen Rechte der Presse- und Organisationsfreiheit, um sich als politische Kraft für Polen zu entwickeln - und das gegen die revisionistische PVAP, die das Land nur noch stärker der sowjetischen Supermacht unterwirft.

POLEN - SONDERTEIL

PRESSEZENSUR IN POLEN

Aus der offiziellen Kurzdarstellung des polnischen Pressewesens in: "Volksrepublik Polen", veröffentlicht im Polnischen Verlag der Wissenschaften, Warschau 1976, soll entnommen werden, daß "Die polnische Presse als ein Ausdruck der breiten öffentlichen Meinung (gilt). Das ist dank einer engen Bindung an die Leser möglich, die durch zahlreiche Treffen, Briefe, die massenweise an die Redaktionen kommen, Umfragen, die von Redaktionen der einzelnen Zeitschriften ausgeschrieben Wettbewerbe und viele andere Formen der Leserkontakte aufrechterhalten wird." In dieser offiziellen Darstellung fehlt allerdings eine Institution: das "Hauptamt zur Kontrolle von Presse, Publikationen und Aufführungen" (kurz GUKPPiW genannt).

Als am 10. März 1977 Tomasz Strykowski, ein Mitglied der Krakauer Zensurbehörde, nach Schweden floh, nahm er dabei u.a. ein Original des Richtlinienkataloges dieses Amtes - bestimmt für die rund 600 Mitarbeiter der Zensurbehörden - mit. Das "Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KSS - KOK) übermittelte diese Unterlagen im November 1977 führenden polnischen Persönlichkeiten. Sie wurden auch von AMERS, Polish Political Quarterly, London und in ausführlichen Auszügen vom "Spiegel" veröffentlicht. Im folgenden einige Zitate aus diesen Zensur-Vorschriften, nach Sachgebieten gegliedert.

POLNISCHE BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND:

"Jegliche Nachricht über die Teilnahme israelischer Delegierter an Kongressen, internationalen Konferenzen und anderen Veranstaltungen in Polen muß mit der GUKPPiW-Leitung abgestimmt werden..."

Einem Veröffentlichungsverbot unterliegen Nachrichten über einen eventuellen Handelsaustausch mit Rhodesien, mit der Republik Südafrika sowie über sämtliche Kontakte polnischer Institutionen mit der Republik Südafrika... (Anm.: durch spätere Anweisungen auf Südkorea und Taiwan ausgedehnt)

Berichte über die von Polen in kapitalistischen Ländern angekauften Lizenzen sind aus den Massenmedien zu eliminieren... Eine Häufung solcher Informationen könnte beim Durchschnittsleser den Eindruck erwecken, der grundsätzliche Weg zur Modernisierung unserer Wirtschaft sei der Einkauf von Lizenzen in hochentwickelten kapitalistischen Ländern..."

POLEN UND RGN (SOWJETUNION):

"In Nachrichten über den RGN sind kritische Kommentare unzulässig, welche die Zweckmäßigkeit und die Grundsätze der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sozialistischer Länder in Frage stellen, das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten preisgeben oder eine Kritik an ihnen enthalten..."

Zu beseitigen sind aus den Massenmedien kritische Bemerkungen über sowjetische Bohrgeräte, die in Polen bei geologischen Untersuchungen verwendet werden..."

Nicht erlaubt ist die Bekanntgabe von Wechselkursen oder Koeffizienten nationaler Währungen der RGN-Länder und Jugoslawiens gegenüber der gemeinsamen Valuta, dem Transfer-Rubel...

(Es) wird empfohlen, für das Helsinki-Dokument KSZE-Konferenz) Bezeichnungen zu verwenden wie "Große Friedenscharta" oder "Friedensverständigung"..."

Über die Initiative Rumaniens, der Gruppe der nicht blockgebundenen Länder zugerechnet zu werden, darf nicht berichtet werden..."

LEBENSMITTELSITUATION, PREISE, VERBRAUCH:

"Eigene Redaktionsberichte, die Verhandlungen über Getreideeinkäufe im Ausland betreffen, sind nicht zu genehmigen..."

Jegliche Berichterstattung über die Fleischausfuhr von Polen in die UdSSR ist zu unterbinden. Diese Anweisung ist nur für die Zensoren zur Kenntnisnahme bestimmt..."

Ohne Genehmigung des zuständigen Vizepremiers oder des Vorsitzenden der Staatlichen Freiskommission sind Veröffentlichungen - auch in Informationen von PAP (Poln. Presseagentur) - über Preisbewegungen für Marktwaren nicht erlaubt..."

UMWELTSCHUTZ:

"Berichte über den gegenwärtigen Verschmutzungsgrad polnischer Gewässer, die auf tschechoslowakischem Territorium entspringen, oder über die zunehmende Verschmutzung dieser Flüsse, dürfen nicht zur Veröffentlichung freigegeben werden, falls die Verschmutzung durch Wirtschaftstätigkeit auf polnischem Territorium hervorgerufen wird. Erlaubt ist hingegen die Berichterstattung über eine Verschmutzung eben dieser Gewässer, wenn dieselbe durch Wirtschaftstätigkeit auf der Territorium der CSSR verursacht wird..."

ARBEITSSCHUTZ, ARBEITSUNFÄLLE, VOLKSGESUNDHEITSNESSEN:

"...zu unterlassen sind... Veröffentlichungen und Informationen über die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter, die mit der Herstellung von PVC beschäftigt sind..."

Über das Unglück in der Kohlenzeche Katowice, bei dem vier Bergleute umkamen, darf nicht berichtet werden..."

Jegliche Berichterstattung über Massenvergiftungen, ... besonders gefährliche Erkrankungen (Pocken, Cholera u.ä.), darunter auch der Grippe, darf in den Massenmedien nur mit Genehmigung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales ... erfolgen..."

Unzulässig ist es, in den Massenmedien über Stand und Wachstum des Alkoholismus Zahlen im Landesmaßstab zu publizieren..."

KULTURELLER BEREICH:

"Nicht zu genehmigen sind Polemiken und Diskussionen im Zusammenhang mit der Schließung des Experimentellen Theaters in Pulawy, in dessen Arbeit ernsthafte Unregelmäßigkeiten festgestellt wurde: u.a. Zusammenarbeit mit dem Klerus, Mißachtung von Zensureinwänden... Der Inhalt dieser Anweisung darf den Redaktionen nicht mitgeteilt werden..."

Am 27. Januar 1977 wird die Premiere des Films 'Farnfarben' von K. Zanussi stattfinden. Weder vor noch nach der Premiere des Films können irgendwelche Mitteilungen, Nachrichten, Besprechungen über den Film sowie Anzeigen für ihn genehmigt werden..."

MILITÄR:

"Aus allen Massenmedien wie auch aus den nicht periodischen Druckertzugnissen ist jeder Hinweis auf Änderung der Dienstvorschriften der Armeen sozialistischer Länder nach dem Muster der Armeen kapitalistischer Länder zu beseitigen..."

bestimmte Informationen dürfen nur in bestimmten Zeitungen erscheinen. Hierbei bevorzugt wird das Parteiorgan "Trybuna Ludu", mitunter auch die Zeitung "Zycie Warszawy". Als besonders zuverlässig und seriös gelten die Zeitungen "Polityka" und "Zycie Gospodarcze". In einer Notiz betreffend diese beiden letzteren heißt es: "Die Mitarbeiter des GUKPPiW sind bei der Kontrolle dieser Zeitschriften verpflichtet, alle Veröffentlichungen diskussionslos zu beschlagnahmen, die Grundsätze und Direktiven für die Verteidigung von Staatsgeheimnissen verletzen. Bei der Beurteilung von Diskussionsbeiträgen und kontroversen Aussagen sind die Zensoren verpflichtet, ihre Beanstandung den Chefredaktionen mitzuteilen. In der Praxis teilen diese Schriftleitungen unsere Meinung, die nach unserem Verständnis unstrittene Veröffentlichungen werden entweder korrigiert oder entfernt."

Was nach dem "Verständnis" der Zensurbehörden "unstrittene Informationen" sind, geht aus den obigen Zensur-Vorschriften hervor. Lüge und Desinformation beherrschen das öffentliche Leben. Dem polnischen Volk ist dies auch bewußt. Die Forderungen der Streikbewegung zielen deswegen genau auf die Abschaffung aller Zensurbestimmungen ab. Sowohl was die Berichterstattung über die Streiks selbst anbelangt, als auch was das Pressewesen insgesamt betrifft.

POLEN - SONDERTEIL

Der antifaschistische Widerstandskampf des polnischen Volkes

Mit barbarischer Unterdrückerrherrschaft wollte der Hitlerfaschismus das von ihm eroberte Polen in eine bloße Kolonie von Arbeitssklaven verwandeln. Millionen von polnischen Arbeitern wurden deportiert und in den Rüstungsbetrieben der Faschisten zu Tode geschunden. Die Intelligenz des Landes wurde systematisch liquidiert, in der Absicht, die polnische Nationalkultur vollständig auszulöschen. Die Naturreichtümer und Rohstoffmittelressourcen des Landes wurden für die Kriegswirtschaft der Faschisten rückhaltlos geplündert.

Nie hat sich das polnische Volk dieser faschistischen Terrorherrschaft gebeugt. Mit Anfangs zersplitterten Widerstandsgruppen wurden bewaffnete Aktionen gegen die deutschen Besatzer durchgeführt. Es wurden Nachschublinien der Faschisten angegriffen, Stützpunkte der Besatzertruppen überfallen und hohe Verwaltungsbeamten des "Generalgouvernements" durch Attentate getötet. Unter der politischen Führung der in London gebildeten Exilregierung wurden die polnischen Widerstandsgruppen zur "Armee im Lande" zusammengefaßt, der ungefähr 150 000 Soldaten angehörten. Daneben bestanden die polnischen Kommunisten eigene politische und militärische Formationen auf, wobei sie aber auch gemeinsame Kampfaktionen mit der "Armee im Lande" durchführten. Die bedeutendste Aktion des polnischen Widerstandskampfes war der Warschauer Aufstand vom August 1944. Die Rote Armee war in ihrer Frühjahrsoffensive zügig vorangekommen und hatte die Truppen der Hitlerarmee Ende Juli 1944 bis an den Stadtrand von Warschau zurückgedrängt. Der Aufstand in der Stadt wurde vorbereitet, um dem faschistischen Feind, der das Volk so lange gequält hatte, den letzten Stoß zu versetzen. Auf Veranlassung der Exilregierung in London wurde der Beginn des Aufstandes für den 1. August festgesetzt. Innerhalb von wenigen Tagen hatten die Widerstandskämpfer große Teile der Stadt erobert. Durch geschickte Kampftechnik verstanden sie es, die Waffenüberlegenheit der Faschisten auszugleichen. Mit Barrikaden aus Möbeln, die aus den Fenstern geworfen wurden, wurden die engen Straßen für die Panzerfahrzeuge des Feindes unpassierbar gemacht. Einzelne Panzer wurden durch Schüsse zerstückter Granaten in die Ketten fahruntüchtig geschossen. Die Faschisten konnten nur noch die großen Verbindungsstraßen, die Weichselbrücken und ihre befestigten Kommandozentralen halten.

Es gelang ihnen jedoch, massive militärische Verstärkung heranzuführen und damit die Einheiten der Widerstandskämpfer in den verschiedenen Stadtteilen voneinander zu trennen. Dennoch konnten die Widerstandskämpfer acht Wochen lang ihren Kampf fortsetzen, indem sie die unterirdischen Abwasserkanäle als Verbindungswege benutzten. Nachdem aber ausreichende Nachschublieferungen nicht herbeigeschafft werden konnten, - die stark befestigten Stellungen der Faschisten an den Weichselbrücken konnten von der Roten Armee nicht durchbrochen werden -, wurde der Aufstand durch die Hitlertruppen schließlich niedergeschlagen. Erst mehrere Monate danach, am 17. Januar 1945, gelang es der Roten Armee, die Weichsel zu überschreiten und Warschau zu befreien.

Im folgenden geben wir einen Ausschnitt aus dem Roman "Der Kanal" von Jerzy Stefan Stawinski wieder, der die Ereignisse des Warschauer Aufstandes zum Gegenstand hat.

"Hört, was ich euch sage", begann Zadra. "Es ist noch nicht alles aus. Wir müssen die Dämmerung abwarten, dann gehen wir durch die Kanäle in die Innere Stadt!" "Alle?" "Alle."

"Und wozu?" warf der Komponist ein. "Um weiter zu kämpfen", antwortete Zadra mit Nachdruck. (.....)

Zadra durchquerte den Vorraum. Nadry folgte ihm, vorsichtig die Füße setzend. In den zwei Räumen, die eine breite, offenstehende fensterlose Glastür trennte, lagen auf dem Fußboden, auf dem Sofa und auf der Couch zwischen Glasscherben, Holzsplintern und abgefallenen Verputzregungslose Gestalten in zerfetzten Kleidern.

"Auf, Burschen", rief Zadra mit gekünstelter Heiterkeit. "Wir haben gute Nachrichten!" Sie erhoben sich hastig. Es waren an die zwanzig Leute. Sie richteten ihr Verbandszeug. Aus den Gesichtern der Siebzehnjährigen blickten Augen reifer Männer. Nur zwei Ältere waren unter ihnen: Sergeant Kula und der Chefsergeant.

"Herr Oberleutnant, ich melde gehorsamst die Kompanie in Ruhestellung", stieß mit zitternder Stimme der blasser Chefsergeant hervor.

"Hören Sie auf damit", versetzte Zadra. Der Spieß verkroch sich in seine Ecke neben der Kredenz. Die Männer, in einer

halbkreisförmigen Doppelreihe aufgestellt, blickten Zadra erwartungsvoll und düster an.

"Was soll das sein, Herr Oberleutnant?" fragte Worporal Smulky. "Vielleicht Hilfe? Fallachirmspringer?" Zadra wartete, bis das Pfeifen eines Geschosses vorüber war. Smulky blickte ihn mit verkniffenen Augen von der Seite an.

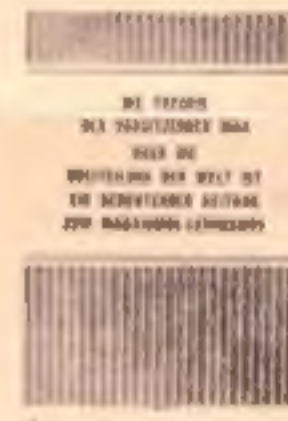
"Wir haben nur Zeit bis zur Nacht. ..." sagte Zadra, den Blick auf den Boden gerichtet. "Eine ganze Division geht gegen uns vor. Nur einige Klassen verbleiben uns noch. Wir werden nicht durchhalten können. Wir verlassen Mokotow durch die Kanäle."

Alle senkten den Blick. Der neben der Kredenz postierte Chefsergeant stieß einen Seufzer der Erleichterung aus.

"Heute sind es acht Wochen, seitdem ich mit dieser Maschinepistole aus dem Haus lief", sagte unvermittelt Smulky, die Pistole fester fassend. "Und ich habe wieder zwanzig blaue Bohnen in Magazin, wie am ersten Tag. Anders ist es schlechter ergangen. Aber jetzt bin ich etwas gescheiter. Und wenn man in diesen letzten paar Stunden noch nachhelfen würde, Herr Oberleutnant? Es ist besser, auf einer Barrikade zu sterben, als hier in dieser Kammer."

"Ich sage euch doch, daß wir durch die Kanäle weggehen", wehrte sich Zadra. "In der Früh werden sie den Ring eger schließen und niemanden vorfinden."

Literatur zum sowjetischen Sozialimperialismus



1. Eine Zusammenstellung chinesischer Artikel, die den wahren Charakter des russischen Sozialimperialismus enthüllen.
22 Seiten Preis 5 3,00
2. Das Buch behandelt die Parallelen zwischen der unehelichen Putsch der imperialistischen Westmächte gegenüber China vor dem Zweiten Weltkrieg und der heutigen Beschneidungspolitik.
107 Seiten Preis 5 50,80
3. Anhand von Beispielen aus verschiedenen Ländern der 2. und 3. Welt wird hier die gefährliche Form des Sozialimperialismus dargestellt.
258 Seiten Preis 5 94,-
4. Dieses Buch eines ZK-Mitglieds der KP Schwedens zeigt die Entwicklung der UdSSR von einem entwickelten kapitalistischen Staat zu einer imperialistischen Supermacht.
Preis 5 58,50
5. In diesem Artikel der Rote Ruben, Zentralorgan der KP Chinas, wird die Theorie des Vorsitzenden Mao, die die internationale Strategie der Proletarien entwickelt, dargestellt.
Preis 5 3,-
6. Broschüre des KB Österreich zum 10. Jahrestag der sozialimperialistischen Okkupation der CSFR.
Preis 5 4,-

zu beziehen über: SB-Buchvertrieb,
1020 Wien, Eisenbaugasse 1/2

